



Die KPÖ im Staatsapparat

MANFRED MUGRAUER

Die Forderung nach einer Demokratisierung des Staatsapparats war einer der Hauptpunkte jenes Programms, das die KPÖ zur Neugestaltung eines demokratischen Österreich nach der Befreiung vom Faschismus entwickelte. Neben der Verstaatlichung der Großindustrie, einer umfassenden Entnazifizierung und der Durchführung einer Bodenreform stand die Erneuerung des Staatsapparats im Mittelpunkt ihrer antifaschistisch-demokratischen Orientierung.

Bereits im Exil hatte die KPÖ als eine der ersten Maßnahmen die „Säuberung“ von Staat und Verwaltung von faschistischen Beamten und reaktionären Bürokraten, sowie den Aufbau eines neuen Staatsapparats „aus den Reihen der im Kampfe erprobten Patrioten und Antifaschisten aller Volksschichten auf breiter demokratischer Grundlage“ gefordert.¹ Nachdem im April 1945 der nationalsozialistische Staatsapparat und die Verwaltung völlig zusammengebrochen waren, waren es zunächst vor allem kommunistische AktivistInnen, die im lokalen Rahmen die Initiative zum Wiederaufbau ergriffen. Als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP in der ersten Nachkriegsregierung versuchte die KPÖ auch in den Zentralstellen durch personalpolitische Maßnahmen Einfluss zu nehmen. Diese Orientierung „Hinein in den Staatsapparat“ entsprach ihrem grundsätzlichen Selbstverständnis als verantwortungsbewusste, konstruktiv mitgestaltende „Staatspartei“.

Kadermangel

Einer Verankerung der KPÖ im Staatsapparat und langfristigen Absicherung ihrer Positionen standen jedoch mehrere Schwierigkeiten entgegen: Zunächst mangelte es der Partei – nach zwölf Jahren in der Illegalität – an erfahrenen FunktionärInnen und verwaltungstechnisch geschultem Personal. Die meisten mittleren Parteikader befanden sich noch im Exil oder waren erst im Begriff, aus den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückzukehren. Viele

bewährte GenossInnen mussten in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur ihr Leben lassen. Neben dem generellen Kadermangel wirkte auch die Tatsache erschwerend, dass die KommunistInnen – ebenso wie die sozialdemokratischen ParteigängerInnen – zwölf Jahre lang nahezu vollständig von der Rekrutierung in den Staatsdienst ausgeschlossen geblieben waren. Die meisten ParteifunktionärInnen mussten in der Zeit der Illegalität und des Exils ihren Ausbildungsweg unterbrechen bzw. verbrachten ihre Jugendjahre überhaupt im Gefängnis oder KZ. Damit war die Ausgangsposition für die KPÖ denkbar schlecht: Indem die wenigsten Parteikader die Matura bzw. eine akademische Ausbildung absolvieren hatten können, fehlten ihnen die notwendigen Voraussetzungen für eine Tätigkeit in den höheren Dienstklassen des Staatsapparats, „proportional dazu konnte der bürgerliche Klassengegner seinen Status in der Bürokratie ausbauen und monopolisieren“.²

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die meisten KommunistInnen – ungeachtet der Tatsache, dass sich die KPÖ von einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei entwickelt hatte – von sich aus kaum danach strebten, Verwaltungsfunktionen zu übernehmen. Entsprechend qualifizierte GenossInnen mussten also von der Partei gedrängt werden, in den Staatsdienst einzutreten. Nur eine absolute Minderheit der kommunistischen BeamtenInnen hatte bereits vor 1934 bzw. 1938 im Staatsdienst gearbeitet und war aus politischen oder „rassischen“ Gründen enthoben worden. Nur eine Handvoll war auch in den Jahren der NS-Diktatur in der staatlichen Verwaltung tätig gewesen. Letztere beiden Personengruppen waren zumeist solche GenossInnen, die erst nach der Befreiung der KPÖ beitraten und bis zu diesem Zeitpunkt entweder keiner Partei oder vor 1934 der Sozialdemokratie angehört hatten.

Beamten-Überleitungsgesetz

Eine wesentliche Handhabe, um bewährten AntifaschistInnen doch den Zu-

gang zum Staatsdienst zu eröffnen und deren Positionen auch gesetzlich zu fixieren, bot das von der KPÖ vehement geforderte und im August 1945 tatsächlich beschlossene Beamten-Überleitungsgesetz. Bereits Mitte Mai entwickelte der führende KPÖ-Politiker Ernst Fischer in einem Leitartikel des Dreiparteienorgans *Neues Österreich* jene Argumentationslinie, die für die KPÖ in den Folgemonaten bestimmend blieb: Es sei zwar die Pflicht Österreichs, „das Unrecht gutzumachen, das die Nazi altverdienten österreichischen Beamten [...] angetan haben“, jene Menschen, „die Tag für Tag ihr Leben für die Befreiung Österreichs eingesetzt haben, die aus der Hölle der Konzentrationslager, aus der Gehetztheit des unterirdischen Widerstandes, aus Freiheitsbewegung und Partisanenkampf emporstiegen“, hätten jedoch „Prüfungen abgelegt, die nicht in Urkunden verzeichnet sind. Sie haben Erfahrungen gesammelt, die schwerer wiegen als jede Praxis der öffentlichen Verwaltung.“ Diese „festen, kampferprobten, von unbeugsamer Zuversicht durchdrungenen Menschen“ brauche „das neue Österreich“.³ Während ein im Juli ausgearbeiteter Gesetzesentwurf der Staatskanzlei die Anstellung der BeamtenInnen ausschließlich von deren fachlichen Qualifikation abhängig machte,⁴ ging es der KPÖ also um die Einbeziehung der FreiheitskämpferInnen und der zur Zeit des Hitlerfaschismus verfolgten AntifaschistInnen. Der „Aufbau der Demokratie“ erfordere „nicht die Einsetzung alter Hofräte und Beamter“, sondern „die kühne Heranziehung neuer Kräfte aus allen Schichten des Volkes“.⁵

Konkret verlangte die KPÖ in ihrem am 6. August 1945 veröffentlichten „Sofortprogramm“ neben der „Entfernung aller reaktionären, verknöcherten, bürokratischen Beamten“ die „Schaffung eines Gesetzes, das für die Dauer eines Jahres die bestehenden Bestimmungen über Aufnahme und Beförderung von Beamten aufhebt und die Möglichkeit schafft, neue Kräfte aus der Mitte des Volkes in die Beamtenschaft aufzuneh-

men und leitende Stellen mit wirklich demokratischen Beamten zu besetzen“.⁶ Erprobte Antifaschisten, Demokraten und Patrioten sollten „ohne Rücksicht auf akademische Grade, auf bürokratische Fußangeln und Wolfsfallen in den Staatsdienst treten und nicht nach Dienstjahren, sondern nach Charakter, Tüchtigkeit und österreichisch-demokratischer Gesinnung beurteilt und eingestuft werden“.⁷ Die im Zuge einer solchen Erneuerung des Beamtenapparats zu erwartenden „Kinderkrankheiten“ sollten durch die „kluge Heranziehung alter, erfahrener Beamter von einwandfrei österreichischer und demokratischer Gesinnung“ reduziert werden.⁸

Karl Renner hielt diesen Forderungen der KPÖ entgegen, dass die staatliche Bürokratie eine „geschlossene Ordnung“ sei und „Einschübe“ nur ausnahmsweise stattfinden könnten. „Die bürokratische Vorerziehung ist eine feste Regel. Für die verschiedenen Dienstposten sind verschiedene Grade der Vorbildung vorgesehen, akademische Studien, Mittelschulstudium usw.“ Davon abzugehen bestehe „keine gesetzliche Möglichkeit“, so der Staatskanzler.⁹ In langwierigen Parteienverhandlungen¹⁰ wurde schließlich eine Einigung darüber erzielt, dass bei der Neubildung der Personalstände in erster Linie die aus politischen oder rassistischen Gründen gemäßregelten Beamten berücksichtigt werden sollten, dann diejenigen, die für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs mit der Waffe in der Hand gekämpft haben oder in Konzentrationslagern und Gefängnissen gelitten haben, ferner jene Beamten, die die ganze Zeit unter Hitler Dienst getan haben, und nur in Ausnahmefällen diejenigen, die nach 1938 eingestellt worden sind.¹¹ In § 6 des am 22. August 1945 vom Kabinettsrat beschlossenen Beamten-Überleitungsgesetzes (B-ÜG) wurde das Ziel der Schaffung einer „nach Gesinnung und Haltung einwandfrei österreichische(n), demokratische(n) Beamten-schaft“ als Maxime festgeschrieben (Abs. 1). Insbesondere seien neben den seit 1933 gemäßregelten Beamten jene Personen zu berücksichtigen, „die mit der Waffe für ein unabhängiges, demokratisches Österreich gekämpft haben oder wegen ihres Kampfes für ein unabhängiges, demokratisches Österreich länger-dauernde Haft erlitten haben“ bzw. „aktive Kämpfer für ein unabhängiges, demokratisches Österreich, die während der ganzen Zeit der Terrorherrschaft standhaft ihre Treue zu Österreich bewiesen haben“ (Abs. 2). In § 7, Absatz 2 wurde der KPÖ-Forderung Rechnung getragen,

die Anstellungserfordernisse für neu in den Staatsdienst tretende Beamten herabzusetzen. Ihnen wurden entweder gewisse Dienstprüfungen nachgesehen oder sie konnten diese in einer angemessenen Zeitspanne nachholen.¹²

Konservativ-reaktionäres Übergewicht

Mit diesen beiden Bestimmungen war eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden, um das Monopol der reaktionären Bürokratie zu durchbrechen. Es gibt zwar keine wissenschaftliche Untersuchung darüber, wie viele antifaschistische Kräfte 1945/46 auf Grundlage der §§ 6 und 7 des B-ÜG in den Staatsdienst treten konnten, fest steht aber, dass sich auch in den folgenden Jahren nichts am konservativen Übergewicht änderte. Zwar war die Wiedereingliederung der 1938 gemäßregelten Beamten in die Personalstände auch durch das B-ÜG gesetzlich gedeckt, dies führte jedoch in den Augen der KPÖ dazu, dass in den Amtsstuben noch immer der „alte Geist“ herrsche. „[...] was nützt es schon“, wurde in einer Wahlbroschüre gefragt, „wenn ein Nazi hinausgeht und sich ein Heimwehfaschist an seine Stelle setzt“.¹³ Auch Oscar Pollak, der damalige Chefredakteur der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung*, beklagte 1946, dass „in Österreich ein Monopol der Cevauer auf alle Intelligenzberufe [...] ganz besonders im gesamten Staatsdienst“ bestehe, ja dass sich der „Staatsapparat [...] völlig in der Hand unserer Gegner“ befinde.¹⁴ Dieser Befund wird durch die bisher vorliegenden Forschungen bestätigt, haben diese doch eine „starke personelle Kontinuität“ des Beamtenstabes des Jahres 1945 zur Beamtenschaft des austrofaschistischen Regimes, also zu jenen Personen nachgewiesen, die 1938/39 von den Nazis außer Dienst gestellt worden waren, davor aber den autoritären Kurs der Regierung Dollfuß und Schuschnigg mitgetragen hatten. So wurden im Jahr 1945 51 Spitzenbeamte der Ersten Republik wieder als Sektionschefs weiterverwendet, nur zwei Sektionschefs standen 1945 der SPÖ nahe,¹⁵ kein einziger der KPÖ.

Nicht nur in der zeitgenössischen Polemik, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur wurde die Tätigkeit der KommunistInnen im Staatsapparat weniger unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung denn als Versuch einer „Infiltration“ interpretiert, die als Sprungbrett für eine beabsichtigte kommunistische „Machtübernahme“ dienen sollte.¹⁶ Noch

im Jahr 2010 sahen sich die Herausgeber des zeitgenössischen Tagebuchs von Heinrich Wildner, damals Generalsekretär in der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten, zu einer kommentierenden Fußnote veranlasst, in der von der „Unterwanderung“ der Wiener Polizei durch Kommunisten die Rede ist.¹⁷ Ziel dieses Beitrages ist es nun, einen Überblick über die tatsächliche Verankerung der KPÖ in den Zentralstellen und deren nachgeordneten Behörden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu geben. Dabei wird deutlich, dass sich der von ZeitgenossInnen und späteren KommentatorInnen konstatierte „übermäßige Einfluss der Kommunisten auf den Staatsapparat“¹⁸ allein aus den antikommunistischen Maßstäben ableiten lässt, die dieser Einschätzung zugrunde liegen, und nicht aus den tatsächlichen damaligen Relationen.

Zwar liegen kaum Detailstudien über die verschiedenen staatlichen Verwaltungsstrukturen des Jahres 1945 vor, dennoch ist aus den Geschäftseinteilungen und weiterem Quellenmaterial der Staatsämter ersichtlich, dass die Anzahl der kommunistischen Beamten verschwindend gering war. So finden sich im Jahrbuch der Österreichischen Behörden aus dem Jahr 1945, das mehrere hundert höhere Beamten aufzählt, mit Stand vom 10. Oktober ganze zwei Kommunisten (David Brill und Hugo Bondy).¹⁹ Obwohl die KPÖ drittelparitätisch an der ersten Nachkriegsregierung, der Provisorischen Regierung Renner, und an der Konzentrationsregierung Figl mit zumindest einem Minister beteiligt war, gelang es ihr nur in zwei Bereichen, im höheren Ministerialdienst Fuß zu fassen: Zum einen – in durchaus bescheidenem Ausmaß – im Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten, das von Ernst Fischer (geb. 1899) geleitet wurde und dessen Agenden im Dezember 1945 auf das wiedererrichtete Bundesministerium für Unterricht (BMU) unter Felix Hurdes (ÖVP) übergingen. Zum anderen – in weitaus größerem Maße – im neu geschaffenen Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung (BMEE), dem bis November 1947 Karl Altmann (geb. 1904) vorstand. Ein besonderes Kapitel ist die vergleichsweise starke Präsenz der KommunistInnen in der Wiener Polizeidirektion als nachgeordnete Behörde des Innenministeriums.

Diese drei Bereiche – BMU, BMEE und Wiener Polizei – stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags. Die hier gemachten Angaben über konkrete Funk-

tionen und Ränge kommunistischer BeamtInnen sowie über den Zeitraum ihrer Tätigkeit gehen zum größten Teil auf die in den Jahren 1945 bis 1948 erschienenen Jahrbücher „Österreichische Behörden“²⁰ sowie auf den ab 1949 wieder jährlich herausgegebenen Amtskalender²¹ zurück. Selbstverständlich enthalten diese Jahrbücher keine Angaben über die Parteizugehörigkeit der einzelnen BeamtInnen. Sie dienten demgemäß allein dazu, bereits aus anderen Quellen bekannte Namen gezielt zu überprüfen. Aus Platzgründen werden die entsprechenden Fundstellen in den Jahrbüchern und Amtskalendern nicht einzeln ausgewiesen. Ebenso wenig im Detail ausgewiesen werden jene Informationen, die auf Personalakten der einzelnen BeamtInnen im Österreichischen Staatsarchiv zurückgehen.

Staatsamt bzw. Bundesministerium für Unterricht

Über das von Ernst Fischer geleitete Staatsamt für Volksaufklärung liegt eine Studie von Robert Stumpf vor, in der dieser zum Schluss gelangt, dass es trotz seines kommunistischen Staatssekretärs eine „Hochburg der katholisch-konservativen Bürokratie“ darstellte und Beamte aus dem christlich-sozialen bzw. konservativen Milieu auch aufgrund des Kontinuitätsfaktors und der Machtposition des katholischen Cartellverbands in der Mehrheit blieben. Tatsächlich findet sich im Behördenjahrbuch aus dem Jahr 1945 nur ein Kommunist unter den insgesamt 19 in dieser Zentralstelle genannten Beamten. Zu relativieren ist allerdings die Einschätzung, dass Fischer der „Rekonstitution der konservativ-reaktionären Zentralbürokratie aus der Vor-NS-Zeit kaum etwas entgegenzusetzen“ hatte, schloss Stumpf doch „partei-konforme Besetzungen im Sinne der KPÖ“, die über die Ebene der SekretärInnen hinausgingen, gänzlich aus.²² Tatsächlich gelang es Fischer aber bei der Neubildung der Personalstände zumindest fünf kommunistische Fachleute in eine leitende Stellung zu berufen: Hugo Bondy, Rudolf Freis, Ernst Mayer, Ludwig Otruba und Ludwig Stecewicz. Zwar wurde keine der fünf Sektionen des Staatsamts von einem Kommunisten geleitet, mit Bondy und Mayer wurden aber zumindest zwei Abteilungsleiter von der Partei gestellt. Drei der fünf Genannten – Bondy, Mayer und Otruba – konnten ihre Positionen auch in den folgenden Jahren behaupten.

Der Name von Dr. Ludwig Otruba (geb. 1916), der der KPÖ seit Dezember 1933 angehörte, findet sich bereits in der



Staatssekretär Ernst Fischer und zwei seiner leitenden kommunistischen Beamten (v.l.n.r.): Hugo Bondy (Abteilung Jugend), Ludwig Stecewicz (Abteilung Sport).

ersten Geschäftseinteilung des Staatsamts vom 3. Juli 1945. Otruba war in der von Otto Skrbensky geleiteten Hochschulsektion in der Abteilung „Allgemeine Hochschulangelegenheiten“ tätig,²³ nachdem Altmann den promovierten Juristen „für gesetzgeberische Arbeiten“ an Fischer empfohlen hatte.²⁴ In späteren Jahren – nach seinem Austritt aus der Partei im Jahr 1956²⁵ – stieg Otruba zum Leiter der legistischen Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung auf und verfasste zahlreiche Gesetzes- und Verordnungsentwürfe auf dem Gebiet des Hochschulwesens. 1963 zum Ministerialrat ernannt, trat er 1976 in den Ruhestand.²⁶

Der frühere Mittelschullehrer Dr. Ernst Mayer (geb. 1901), der im November 1938 in den Ruhestand versetzt worden war und im April 1945 zur KPÖ stieß, wurde Ende Oktober zum Leiter der Abteilung Kunsthochschulen bestellt. Seit Juli war er als persönlicher Sekretär von Ernst Fischer im Präsidium des Staatsamts tätig gewesen. In dieser Funktion folgte ihm der bereits im April ins Amt eingetretene Kommunist Elmar Bardolf (geb. 1918), der im dienstrechtlichen Referat der Präsidialabteilung seinen Dienst versah. Nach dem Ende von Fischers Amtszeit wurde Bardolf zunächst der Verwaltungsstelle der Wiener Hochschulen zugewiesen, im April 1946 wurde das Dienstverhältnis mit dem als „Vertrauensmann des damaligen Staatssekretärs“ geltenden Beamten gelöst.²⁷ Mayer wiederum blieb bis in die 1950er Jahre Leiter der Abteilung „Kunstschulen, Lehranstalten auf dem Gebiete der Musik, der bildenden Künste und der angewandten Kunst“ im Rahmen der Kunstsektion, bis er schließlich die Leitung der Abteilung „Museal- und Ausstellungswesen“ übernahm. 1946 zum Sektionsrat und 1950 zum Ministerialrat ernannt, trat er 1963 in den Ruhestand.²⁸ Über sein späteres Verhältnis zur

KPÖ liegen keine Quellen vor. Die in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur anzutreffende Behauptung, er sei auch als Landesschulinspektor tätig gewesen,²⁹ beruht auf einer offensichtlichen Verwechslung mit dem gleichnamigen Schulpolitiker der SPÖ, der 1950 bis 1952 dem Präsidium des Wiener Stadtschulrates angehörte und dann zum Direktor des Akademischen Gymnasiums bestellt wurde.³⁰

Dipl.-Ing. Dr. Hugo Bondy (geb. 1900) stieß im April 1945 zur KPÖ und hatte ebenso wie Mayer zuvor keiner Partei angehört. Seit 1930 Universitätsassistent am Physikalischen Institut der Universität Wien, wurde er im Mai 1938 aus „rassischen“ Gründen vom Dienst entoben und arbeitete danach als Lehrer im Gemeindedienst. Im Dezember 1940 wurde er Direktor der privaten „Volks- und Hauptschule für christliche und konfessionslose nichtarische Kinder“ in der Grüngasse im fünften Bezirk, die für jene Kinder eingerichtet wurde, die aus öffentlichen Schulen ausgeschlossen worden waren. Nach der behördlichen Schließung der Schule im August 1942 leitete er die im Jüdischen Kinderheim in der Mohapelgasse (heute Tempelgasse) untergebrachte Tagesheimstätte, die aufgrund des großen Anteils an katholischen Heimkindern ebenso von der „Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ finanziell unterstützt wurde.³¹ Nach der Befreiung Österreichs arbeitete Bondy zunächst als Mittelschulprofessor, bis er im August in das Staatsamt einberufen wurde und dort die Abteilung „Jugend und Sport“ übernahm. Dieser in der in der Sektion Volksaufklärung angesiedelten Abteilung war bereits in den Vorwochen ein Kommunist vorgestanden. Der frühere Sonderschullehrer Hermann Rauscher (geb. 1909) wurde jedoch im Juli 1945 verhaftet, weil er – zumindest am Rande – in die staatsfeindliche Formierung rund um den Rechtsanwalt Paul Antosch und frühere Expo-

zenten der Widerstandsbewegung O5 verwickelt war. Nach seiner Freilassung im Dezember wurde er nicht mehr in den Personalstand des Unterrichtsministeriums übernommen.³²

Bondy leitete auch nach dem Abgang Ernst Fischers die Jugendabteilung des BMU (die Sportagenden wurden 1946 in einer eigenen Abteilung zusammengefasst) und wurde 1947 zum Sektionsrat ernannt. Auf seine Anregung hin wurde in diesem Jahr die Jugendschriftenkommission, die spätere Kommission für Kinder- und Jugendliteratur, eingerichtet. Obwohl Bondys fachliche Qualifikation unbestritten war, wurde er zum Jahreswechsel 1952/53 – im Umfeld des von der KPÖ unterstützten „Völkerkongresses für den Frieden“, als die antikommunistische Hysterie einen neuen Höhepunkt erreichte – Zielscheibe einer politischen Hetzjagd. Nach einer parlamentarischen Anfrage von SPÖ-Nationalräten über den angeblich „leitenden Funktionär der KPÖ“³³ wurde unter dem Titel „Wie lange noch Dr. Bondy?“ eine Medienkampagne gestartet, in der er als „übriggebliebenes Fischlein aus der Fischer-Ära“ angegriffen wurde, der die österreichische Jugend „kommunistischen Infiltrationen“ aussetze.³⁴ Konkrete Anschuldigungen – mit Ausnahme seiner Mitgliedschaft zur KPÖ – konnten keine vorgebracht werden.

Angesichts dieser Attacken wandte sich Bondy in einem Schreiben an den damaligen Unterrichtsminister Ernst Kolb (ÖVP): „Ich schicke voraus, daß ich mich nach wie vor von jeder Schuld, jeder dienstlichen Pflichtvergessenheit oder Verletzung der Loyalität völlig frei weiß. Ich sehe jedoch immer mehr ein, daß es unter den gegenwärtigen Umständen dem den politischen Parteien gegenüberstehenden Minister eine große Verlegenheit bereitet, einen Angehörigen der KPÖ (nicht Funktionär, schon gar nicht ‚führender‘ Funktionär) als Leiter einer politisch so exponierten Abteilung noch länger zu halten, selbst dann, wenn sich dieser als einwandfreier, qualifizierter und jederzeit loyaler Beamter erweist.“ Bondy wurde letztlich auf eigenen Vorschlag als Leiter der Jugendabteilung abberufen, zum Ministerialrat befördert und in die Abteilung 17 („Pädagogische Angelegenheiten der technischen und gewerblichen Lehranstalten“) versetzt. Ende 1965 ging Bondy als stellvertretender Leiter der Sektion VI (Berufsschulen) und Leiter des wirtschaftlichen Referats in Pension. Vom äußeren Druck, der in diesen Jahren auf den kommunistischen Intellektuellen lastete, zumal auf

jenen, die im öffentlichen Dienst in führender Stellung beschäftigt waren, zeugt die Tatsache, dass Bondy im November 1956 – unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn – aus der KPÖ austrat, worüber er den Präsidialvorstand in einem vertraulichen Schreiben in Kenntnis setzte. Es handelte sich dabei um keinen demonstrativen Schritt, zumal Bondy auch in den Vorjahren kaum öffentlich als Kommunist in Erscheinung getreten war. Er habe als „mäßiger Faktor unter den Linksintellektuellen gegolten“, hielt Minister Theodor Piffli-Perčević (ÖVP) in einem Schreiben an Bundeskanzler Josef Klaus anlässlich der Pensionierung Bondys fest.³⁵

Dr. Rudolf Freis (geb. 1881) war bereits in den Jahren 1908 bis 1938 im Staatsdienst an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten beschäftigt, seit 1920 als Direktor der Bundes-Lehrerbildungsanstalt in Graz. Er wurde unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 von seinem Posten enthoben und im November 1939 in den dauernden Ruhestand versetzt. Ende April 1945 trat er der KPÖ bei und wurde im Juli 1945 in die – vom Sozialdemokraten Viktor Fadrus geleitete – Schulwissenschaftliche Abteilung des Staatsamts berufen, wo er maßgebend bei der Wiederherstellung des Schulwesens und an der Ausarbeitung der Unterrichtspläne beteiligt war.³⁶ Im September 1946 zum Ministerialrat ernannt, wurde Freis Ende 1946 zwar wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert, aus „besonderen dienstlichen Gründen“ aber bis Dezember 1949 weiterverwendet. Grund für diese Weiterverwendung war die Beurlaubung einer weiteren Kommunistin, die in der Schulwissenschaftlichen Abteilung beschäftigt war: Dr. Elise Riesel (geb. 1906). Riesel war 1934 als Hauptschullehrerin aus dem städtischen Schuldienst in Wien entlassen worden, emigrierte in die Sowjetunion, wo sie zunächst die Fremdsprachenabteilung im Volkskommissariat für Unterricht leitete und 1945 ordentliche Professorin für Deutsche Philologie an der Moskauer Universität wurde. Sie stand nach ihrer Rückkehr nach Österreich zwar im Personalstand des Wiener Stadtschulrats, wurde aber dem Staatsamt zur Dienstleistung zugeteilt. Im November 1946 zur Regelung privater Angelegenheiten in Moskau zunächst für zwei Monate karenziert, kehrte Riesel nicht mehr nach Österreich zurück,³⁷ sondern nahm 1947 eine Professur für Germanistik und Stilistik an der Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen in Moskau an. Sie

veröffentlichte zahlreiche Lehrbücher und war auch im Vorstand der *Sowjetisch-Österreichischen Gesellschaft* aktiv.

Nachdem im Kabinettsrat der Renner-Regierung eine scharfe Auseinandersetzung über die Kompetenzabgrenzung der einzelnen Ressorts stattgefunden hatte und die Sportagenden letztlich dem Staatsamt von Ernst Fischer zugeordnet wurden, übernahm Ludwig Stecewicz die Leitung des Sportreferats in der Abteilung „Jugend und Sport“.³⁸ Stecewicz (geb. 1906), vor 1934 Mitarbeiter der Sportredaktion der *Arbeiter-Zeitung* und Pressereferent des *Arbeiter-Turnvereins* (ATV), war im Dezember 1933 von der Sozialdemokratie zur KPÖ übergetreten. Bereits seit Ende April 1945 leitete er die überparteiliche *Zentralstelle für die Wiedererrichtung des österreichischen Sports*, der eine Schlüsselstellung in der Sportpolitik der KPÖ zukam.³⁹ Im Juni 1947 kündigte Stecewicz seine Stellung, um fortan als Sportjournalist beim *Neuen Österreich* zu arbeiten. In späteren Jahren, als er nicht mehr für die KPÖ aktiv war, wurde er Sportjournalist beim ORF und Pressereferent des ÖFB.

Den Posten von Stecewicz im Ministerium nahm der kommunistische Sportfunktionär Leopold Srb ein, der als einer von drei Referenten in der vom *Union*-Funktionär Viktor Kollars (ÖVP) geleiteten Sportabteilung tätig wurde. Srb (geb. 1920) gehörte der KPÖ seit 1938 an, wurde in der NS-Zeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen. Ab 1949 war er Mitglied des ASVÖ-Zentralrats und Vizepräsident dessen niederösterreichischen Landesverbands (ALSN). Nachdem dem mittlerweile promovierten Srb Anfang des Jahres 1950 die Pragmatisierung und Übernahme in eine höhere Dienstklasse verwehrt und ihm nur ein Posten als Vertragsbediensteter im Naturhistorischen Museum in Aussicht gestellt wurde, reichte er die Kündigung ein. Er arbeitete hierauf als Rechtskonsulent der USIA. 1952 wurde er aus der KPÖ ausgeschlossen.⁴⁰

Bundespolizeidirektion Wien

Betrachtet man die im Jahr 1945 neu gebildeten Personalstände der Zentralstellen, so ist gewiss bemerkenswert, dass im Staatsamt für Inneres – dem zweiten Staatsamt der Renner-Regierung, das mit Franz Honner (geb. 1893) von einem Kommunisten geleitet wurde – kein einziger Parteigänger der KPÖ in leitender Stellung Fuß fassen konnte.⁴¹ Als er am 30. April 1945 sein Amt antrat, fand er eine „bereits funktionierende Verwal-



Führende Kommunisten in der Wiener Polizeidirektion (v.l.n.r.): Othmar Strobel (Vizepräsident), Heinrich Dürmayer (Leiter der Staatspolizei), Rudolf Hautmann (Leiter der Administrativen Polizei), Moritz Fels-Margulies (stv. Leiter der Wirtschaftspolizei)

tungseinrichtung“ vor, die er „in ihrer weiteren Tätigkeit autorisieren konnte“, so Honner in seinem Bericht an die im September stattfindende erste Länderkonferenz.⁴² Sowohl die beiden Sektionen des Staatsamts als auch alle zwölf Abteilungen wurden von „altösterreichischen“ Beamten geleitet, die größtenteils bereits vor 1938 im Dienst gestanden waren. Auch unter den Stellvertretern und in den einzelnen Referaten befand sich kein einziger Kommunist, was die frühe Forschungsliteratur nicht vor dem geradezu grotesken Befund bewahrte, dass die „Schlüsselpositionen“ in diesem Ministerium mit Kommunisten besetzt gewesen seien.⁴³ Honner war sogar gezwungen, austrofaschistische Beamte wie Emanuel Stillfried, den ehemaligen Kommandanten des Anhaltelagers Wöllersdorf, als Leiter des Gendarmeriezentalkommandos zu bestätigen.

Einzig in einer nachgeordneten Dienststelle des Staatsamts, der Bundespolizeidirektion Wien, waren mehrere Angehörige der KPÖ in führenden Positionen tätig. Wie Hans Hautmann in einer Studie über die Verankerung der dortigen KommunistInnen hervorhebt, war die Wiener Polizei „der *einzig* Bereich der gesamten staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, in dem nach 1945 in unserem Land der *wirkliche* Anteil der Kommunisten am Kampf gegen die Hitlerdiktatur und für die Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich *adäquat* zum Ausdruck kam“.⁴⁴ In den Sicherheitsdirektionen der Länder und in der Gendarmerie gelang es der KPÖ hingegen nicht, sich personell zu verankern, auch nicht in den sowjetisch besetzten Ländern Niederösterreich und Burgenland. Nur in den Bundespolizeikommissariaten Urfahr und St. Pölten waren – auch auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht – mit Alois

Grünberger (1945–1955) bzw. Wilhelm Messer (1948–50, bereits 1948 aus der KPÖ ausgeschlossen) und Herbert Ernst (1950–1955) kommunistische Leiter im Amt. Das Polizeikommissariat in Urfahr wurde erst etabliert, nachdem das Mühlviertel der sowjetischen Besatzungszone zugeschlagen wurde, und 1955 wieder liquidiert. Nach der Rückkehr des Bezirks Mödling von Wien nach Niederösterreich im Jahr 1954 blieb Johann Neumayr, der bisherige Leiter des Bezirkspolizeikommissariats, Leiter des neu eingerichteten Bundespolizeikommissariats, das nun der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion unterstand. Er wurde 1955 abberufen und das Commissariat wieder aufgelöst.

Dass der Einfluss der KommunistInnen in der Wiener Polizei in der Erinnerungsliteratur und zeitgeschichtlichen Forschung über seinen tatsächlichen Stellenwert hinaus überhöht und geradezu dämonisiert wurde, ist der lange nachwirkenden antikommunistischen Grundstimmung des Kalten Kriegs geschuldet. So steht fest, dass im September 1945 etwa 1.500 KPÖ-Mitglieder in den Wiener Polizeiorganen arbeiteten.⁴⁵ Im März 1946 waren es exakt 1.522 (darunter 1.365 Männer und 157 Frauen).⁴⁶ Geht man von insgesamt etwa 13.200 Angehörigen der Wiener Polizeidirektion in der ersten und etwa 10.400 in der zweiten Jahreshälfte 1945 aus – Zahlen, die Polizeipräsident Josef Holaubek Jahre später nannte –, so resultiert daraus ein kommunistischer Anteil von maximal 14,4 Prozent, was angesichts der drittelparitätischen Beteiligung der KPÖ an der Provisorischen Regierung und angesichts der Tatsache, dass das Innenressort von einem Kommunisten geleitet wurde, nicht übermäßig zu überraschen vermag. Überproportional hoch – nämlich 50 Prozent – war der kommunistische Anteil allein bei den mehr als 1.000 Kriminal-

beamten und in der Staatspolizei, wo mehr als 90 Prozent der etwa 700 Beschäftigten der KPÖ angehört haben sollen. Beide in der Forschungsliteratur oftmals wiederholte Zahlen gehen allerdings auf einen antikommunistisch motivierten Beitrag in der Zeitschrift *Öffentliche Sicherheit* aus späteren Jahren zurück⁴⁷ und finden in den überlieferten Quellen kommunistischer Provenienz keine exakte Bestätigung. 1948 hatte sich der Anteil der kommunistischen Kriminalbeamten – gemäß einer im Ministerrat gegebenen Information – bereits auf 25 Prozent halbiert.⁴⁸ Einem Bericht der *Arbeiter-Zeitung* zufolge soll er 1955 noch bei 20 Prozent gelegen sein.⁴⁹

Insgesamt waren 1951 nur noch 860⁵⁰ und 1953 nur noch 800 KommunistInnen in der Wiener Polizei beschäftigt, was ebenso beinahe eine Halbierung bedeutete und – beim damaligen Personalstand bei 11.685 Personen⁵¹ – einem Anteil von nur noch 6,8 Prozent entsprach. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass selbst der politische Offizier der amerikanischen Besatzungsmacht Martin F. Herz die Information von Staatssekretär Ferdinand Graf (ÖVP), wonach im Jahr 1948 fünf Prozent der etwa 7.000 Sicherheitswachebeamten der KPÖ angehörten, mit dem Hinweis kommentierte, dass demgegenüber der Anteil der KPÖ bei den letzten Wahlen in Wien bei knapp acht Prozent gelegen sei.⁵² Und es ist kein Zufall, dass diese Quelle von jenen AutorInnen, die auch heute noch – ganz im Jargon zeitgenössischer Geheimdienstberichte – die kommunistische „Unterwanderung“ der Wiener Polizei beklagen, bislang nicht zitiert wurde, obwohl sie in einer gedruckten und insgesamt oftmals benutzten Edition zugänglich ist.

In diesen Angaben über die rückläufige Zahl der KommunistInnen in der Wiener Polizei spiegelt sich das Bemühen von

Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) und seines Staatssekretärs Ferdinand Graf (ÖVP), den in ihren Augen überproportionalen Einfluss der KPÖ zurückzudrängen bzw. ganz auszuschalten. Eine erste Reorganisierung der Polizeidirektion zu Lasten der kommunistischen Positionen hatte bereits im Herbst 1945 stattgefunden, als unter dem Druck der fehlenden Anerkennung der Renner-Regierung durch die Westmächte und der von den Amerikanern und Briten vorgebrachten Forderung nach einer Ablösung Franz Honners mehrere SPÖ-Angehörige in leitende Stellungen der Wiener Polizei aufrückten.⁵³ Da Honner am 7. November 1945 – am Ende seiner Amtszeit – per Erlass zahlreiche bis dahin nur provisorisch bestellte kommunistische Beamte mit leitenden Positionen in der Polizeidirektion Wien betraute,⁵⁴ mussten diese in den Folgemonaten, als bereits die Figl-Regierung im Amt war, pragmatisiert und in die diversen Dienstränge eingestuft werden. Vor diesem Hintergrund fanden 1946 und 1947 harte Auseinandersetzungen über die Anwendung der Bestimmungen des B-ÜG im Bereich der Wiener Polizei statt, in deren Verlauf ÖVP und SPÖ bemüht waren, die Ernennung der kommunistischen Beamten in die Personalstände möglichst zu bremsen und hinauszuzögern. So werteten es das Bundeskanzleramt und das Innenministerium als eine „in dem geforderten Ausmaße kaum vertretbare Maßnahme“, Personen ohne juristische Vorbildung, ja teilweise sogar ohne Mittelschulbildung, in höhere Dienstklassen zu ernennen,⁵⁵ wie von der KPÖ und der – kommunistisch dominierten – Gewerkschaft gefordert wurde. Erst am 12. November 1946 wurde vom Ministerrat eine größere Gruppe von Ernennungen nach § 7 des B-ÜG positiv erledigt⁵⁶ – nach unzähligen Sitzungen eines Ministerkomitees, zahllosen Parteienverhandlungen und zähem Ringen seitens der KPÖ, wie in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der Partei, zu lesen war.⁵⁷ Es handelte sich dabei allerdings ausschließlich um Ernennungen in den höheren Polizeidienst (Verwendungsgruppe VIII), weiter ausständig blieben die Verwendungsgruppe VII und V (mittlerer Dienst), die Sicherheitswachoffiziere, Sicherheitswachebeamten und Kriminalbeamten. Die KPÖ hatte zuvor gefordert, „das gesamte Konvolut der Wiener Polizei“ zu erledigen.⁵⁸

Ausgesprochen mühsam gestaltete sich der Fall des nur provisorisch berufenen Polizeivizepräsidenten Othmar Strobel,

dessen Ernennung zum wirklichen Hofrat die KPÖ verlangte hatte. Da aber ein gelernter Schlosser als ernannter Vizepräsident in den Augen von SPÖ und ÖVP nicht Realität werden durfte, wurde Strobel letztlich nicht pragmatisiert, sondern blieb – nach langem Hin und Her und gezielter Obstruktion – nur mit einem 1947 abgeschlossenen Sondervertrag als 2. Vizepräsident im Amt. Als bewusster Akt der Zurücksetzung wurde sein Name – im Unterschied zu jenem des 1. Vizepräsidenten Heinrich Hüttl – im Behördenjahrbuch und im Amtskalender nicht genannt, und auch sein realpolitischer Einfluss war gering: Seine „praktische Stellung“ sei – abgesehen von der Kontrolle des Kraftfahrreferats – „nur diejenige, in die ich mich hineinmische. Offiziell zugeteilt habe ich keine Arbeit“, so Strobel in einem Schreiben an Altmann. Er mische sich nun eben in alles ein, was „im weitesten Sinn des Wortes die Reaktionsisierung der Polizei“ betreffe.⁵⁹ Infolge einer psychischen Erkrankung konnte Strobel ab 1952 seinen Beruf nicht mehr ausüben, weshalb er 1953 aus dem Polizeidienst ausscheiden musste.

Der „zähe und systematische Kampf“ von Innenminister Helmer „gegen die Einflußnahme der Kommunisten in der Polizei“⁶⁰ war vor allem gegen jene kommunistischen Beamten gerichtet, denen es im Jahr der Befreiung gelungen war, führende Positionen zu bekleiden. Auch über deren Anzahl und Einfluss wird in der Erinnerungs- und Forschungsliteratur – wie bereits in der zeitgenössischen Polemik – ein überzeichnetes Bild vermittelt. Gewiss ist es als bemerkenswerte Besonderheit hervorzuheben, dass 1945 bzw. bis 1947 Angehörige der KPÖ auch in den Führungsebenen der Wiener Polizei prominent vertreten waren. Bei Gesamtschau aller Zentralämter der Polizeidirektion zeigt sich aber, dass von einer Dominanz der KPÖ allenfalls in der Staatspolizeilichen Abteilung und auf der Ebene der Bezirkspolizeikommissariate die Rede sein kann. So hat Franz Honner bereits unmittelbar vor den Novemberwahlen des Jahres 1945 betont, dass von den insgesamt 127 leitenden Beamten der Wiener Polizeidirektion 71 der ÖVP, 29 der SPÖ und nur 27 der KPÖ nahestünden. Im Behördenjahrbuch aus 1945 finden sich unter den 13 namentlich genannten Spitzenbeamten der Wiener Polizeidirektion nur vier Kommunisten. Hans Hautmann hat errechnet, dass im Jahr 1945 von 33 zentralen Ämtern acht mit Kommunisten besetzt waren:⁶¹ Othmar Strobel als Vizepräsident, Dr. Heinrich

Dürmayer (geb. 1905) als Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung, Rudolf Hautmann (geb. 1907) als Leiter der Administrativen Polizei, Zalel Schwager (geb. 1908) zunächst als stellvertretender Vorstand der Präsidialabteilung und danach als stellvertretender Leiter des Personalreferats im Generalinspektorat der Sicherheitswache, Moritz Fels-Margulies (geb. 1910) als Leiter des Kulturreferats und danach als stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolizei, Emanuel Edel (geb. 1910) als Polizeichefarzt, Peter Hofer (geb. 1911) als stellvertretender Generalinspektors der Sicherheitswache und Anna Grün (geb. 1889) als Leiterin des Fürsorgereferats. In leitenden Positionen waren auch Dr. Paul Herrnstadt (geb. 1916) als stellvertretender Personalreferent, Julius Schindler (geb. 1914) als stellvertretender Leiter der Fremdenpolizei und Hermann Leitner (geb. 1911) als zweiter stellvertretender Leiter der Abteilung II (Kriminalpolizei). Hinzu kommen jene Kommunisten, die wichtige Positionen in der Staatspolizeilichen Abteilung besetzten, etwa Max Umschweif (geb. 1910) als Leiter des Staatspolizeilichen Büros, Harry Oster (geb. 1916) als Sekretariatsleiter, Kurt Hacker (geb. 1920) als Leiter der Rechtsabteilung, Egon Schlesinger (geb. 1920) als Sekretär von Dürmayer, Ferdinand Berger, Ernst Brand, Rudolf Had, Karl Hinterlehner, Leopold Jansa, Hans Maršálek, Valentin Strecha und Heinrich Tutsch als Referatsleiter, sowie Erich Dlabaja, Jaroslav Šafr, Julius Schindler und Egon Steiner als stellvertretende Referenten.⁶² Darüber hinaus gehörte unmittelbar nach der Befreiung die Mehrheit der den sowjetischen Kommandanten ernannten Bezirkspolizeileiter der KPÖ an. Nach Reaktivierung der Bezirkspolizeikommissariate im Juni 1945 verringerte sich aber auch deren Anzahl. Ab 1948 befanden sich unter den damals 27 Wiener Bezirkspolizeikommissariatsleitern zwölf Kommunisten (Dr. Kurt Armand Frisch, Josef Csarmann, Max Goldberger, Vinzenz Seiser, Leopold Heyduk, Anton Kapek, Alois Hladecek, Ludwig Gruber, Otto Spitz, Anton Dobritzhofer, Johann Neumayr und Ferdinand Schmid). Durch Rochaden wurde Peter Hofer 1949 Leiter des Koat Liesing. Trotz dieser zweifelsohne beachtlichen Präsenz von KommunistInnen in diesem Teil des Beamtenapparats erscheint es angesichts der Gesamtsituation dennoch als überzogen, von der Wiener Polizeidirektion als einer „KPÖ-Bastion“⁶³ im Sinne eines dominierenden Einflusses zu sprechen.

Einen Höhepunkt erreichte Oskar Helmers „Kampf gegen die Auswüchse der kommunistischen Polizeiwirtschaft“⁶⁴ Anfang September 1947 mit der Enthebung von Heinrich Dürmayer als Leiter der Wiener Staatspolizei und seiner Ersetzung durch den ÖVP-Mann Oswald Peterlunger, der in einem sowjetischen Bericht als „Günstling der reaktionären Kräfte“ eingeschätzt wurde.⁶⁵ Danach verblieben nur zwei Kommunisten in leitenden Positionen der Wiener Polizei: Strobel als Vizepräsident und Hautmann als Leiter der neu geschaffenen Abteilung III (Evidenzabteilung), die durch Abtrennung von Kompetenzbereichen der bis dahin von ihm geleiteten Administrativ-Polizeilichen Abteilung entstanden war. 1953 war er nach einer neuerlichen Reorganisierung nur noch stellvertretender Leiter. Beide Umstrukturierungsmaßnahmen zielten offensichtlich darauf ab, seine Kompetenzen einzugrenzen. Nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 waren bereits vier kommunistische Kommissariatsleiter vom Dienst suspendiert worden, aber auf Geheiß der sowjetischen Besatzungsmacht weiter im Amt geblieben. Zwei von ihnen wurden 1953 durch andere Kommunisten (Paul Herrnstadt und Ferdinand Berger) abgelöst. Ein Vorgang, der sich 1954 in zwei anderen Kommissariaten wiederholte. Nach Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 wurden schließlich auch die letzten verbliebenen kommunistischen Kommissariatsleiter abberufen.

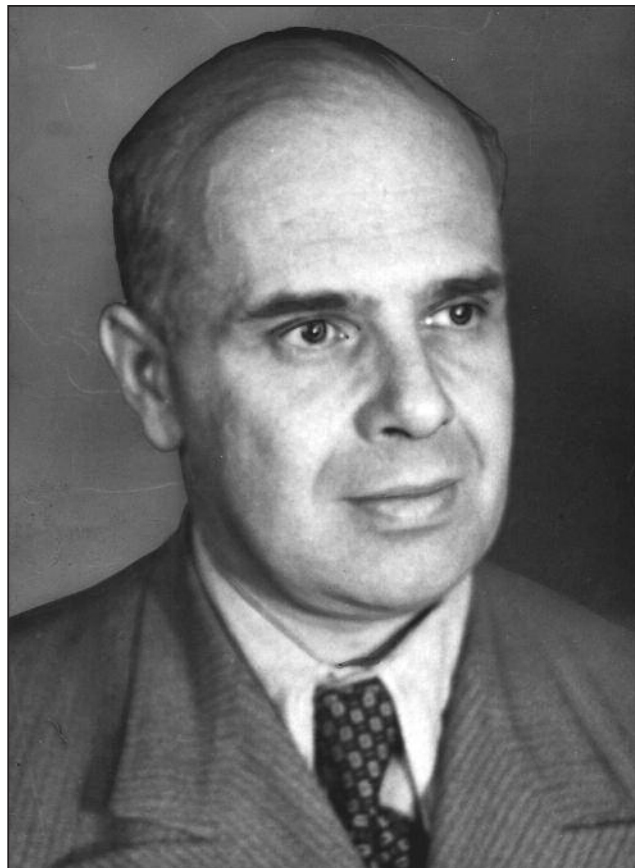
Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung

Eine genaue Untersuchung des Beamtenapparats im Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung hat einen durchaus überraschenden Befund zu Folge, wurde doch in bisherigen Forschungen davon ausgegangen, dass der kommunistische Minister Karl Altmann dort mit einer Beamtenschaft konfrontiert war, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in ihm einen politischen Gegner erblickt hat.⁶⁶ Tatsächlich ist es Altmann aber gelungen, etwa zur Hälfte solche MitarbeiterInnen zu rekrutieren, die in einem politischen Naheverhältnis zu seiner Partei standen.

Nachdem der KPÖ trotz ihres schwachen Abschneidens bei den Nationalratswahlen im November 1945 ein eigenes, neu geschaffenes Ministerium zugestanden wurde, stand Altmann zunächst vor schwierigen Aufgaben: Er musste die Raumfrage lösen, die Amtsräume entsprechend ausstatten und die Personal-

stände bilden. Von den großen Startschwierigkeiten zeugt die Tatsache, dass er im Februar 1946 noch immer nicht die Amtsräume am Schwarzenbergplatz beziehen konnte, dort keine Schreibmaschinen vorhanden waren und er auch im Juli noch über keinen Dienstwagen verfügte.⁶⁷ In Personalfragen war Altmann von Beginn an bemüht, auch KommunistInnen und bewährte AntifaschistInnen in seinem Ministerium zu beschäftigen, sowohl im höheren und mittleren Ministerialdienst, als auch im Verwaltungsdienst und bei den Kanzlei- und Hilfskräften. Er stand damit vor der Herausforderung, Wirtschaftsfachleute und Verwaltungsbeamten zu finden, die nicht nur fachlich kompetent, sondern auch in politischer Hinsicht verlässlich waren. Altmann konnte aber sein Personal nicht zur Gänze nach eigenen Vorstellungen auswählen: Seinen Sektionschef Dipl.-Ing. Karl Naehr und die leitenden Beamten des Präsidiums, etwa dessen Leiter Hofrat Siegfried Friedek und den Kanzleidirektor Rudolf Puffler, musste er aus dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau übernehmen,⁶⁸ wo bis zu diesem Zeitpunkt die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft angesiedelt waren.

Mehr Spielraum hatte Altmann bei den neu eingerichteten sechs Abteilungen seines Ministeriums: Obwohl es zu Beginn des Jahres 1946, neun Monate nach der Befreiung Österreichs, gewiss nicht einfach war, qualifizierte kommunistische Fachleute zu finden, gelang es Altmann bereits im ersten Jahr seiner Tätigkeit, vier der sechs Abteilungen seines Ministeriums mit kommunistischen Leitern zu besetzen. Nach einer ersten Reorganisierung waren es fünf von sieben Abteilungsleitern. Am Ende seiner Amtstätigkeit – nach einer Neuorganisation der Diensterteilung im Oktober 1947 – wurden sieben der nunmehr acht Abteilungen von Kommunisten geleitet. Der Einfluss der kommunistischen Beamten stieg weiter, als Naehr und Friedek 1947



Karl Altmann, Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung in der Regierung Figl (1945–1947)

in den Ruhestand traten. Hierauf wurde das Präsidium gemeinsam mit der bisherigen Rechtsabteilung zur Sektion I umgestaltet, in der die administrativ-juristischen Agenden zusammengefasst waren. Die übrigen technisch-wirtschaftlichen Abteilungen wurden Teil der Sektion II (Angelegenheiten des Elektrizitätswesens). Beide Sektionen wurden zwar von Kommunisten geleitet, ihnen wurde aber die Ernennung zu Sektionschefs, also der Aufstieg in die höchste Dienstpostengruppe, verwehrt.

Ein Blick in die einschlägigen Amtskalender und Dienstpostenpläne macht die starke Präsenz der kommunistischen Beamten in diesem Ministerium deutlich: So gehörten in der ersten Jahreshälfte 1946 von den insgesamt neun im Behördenjahrbuch genannten Spitzenbeamten fünf der KPÖ an. 1947 – am Ende der Amtszeit von Altmann – waren unter den 17 namhaft gemachten höheren Beamten zehn Kommunisten. Zieht man die Fluktuation und vorzeitig ausgeschiedene Mitarbeiter in Betracht, so waren es insgesamt 14 Kommunisten, die Altmann während seiner Amtszeit im höheren Ministerialdienst beschäftigte. Einige von ihnen waren langjährige KPÖ-Mitglieder, die ins Exil getrieben worden waren und ihre Rückkehr nach Österreich mit dem politischen Auftrag verbanden,

im Sinne der kommunistischen Wiederaufbaukonzeptionen am demokratischen Neubeginn teilzuhaben. Eine klassische Beamtenkarriere war wohl für keinen dieser Antifaschisten die primäre Motivation, in den Staatsdienst einzutreten. Dies gilt zunächst für Dipl.-Ing. Wilhelm Frank (geb. 1916), der – aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt – im Februar 1946 die Leitung der Planungsabteilung übernahm, für Dr. Engelbert Broda (geb. 1910), der im Juni 1947 nach seiner Rückkehr aus England als wissenschaftlicher Mitarbeiter in dieser Abteilung als Referent zu arbeiten begann, und schließlich auch für Dipl.-Ing. Gustav Hamerschlag (geb. 1892), der in England als Betriebsleiter einer Fabrik gearbeitet hatte, im *Austrian Centre* aktiv war und im Juli 1946 zunächst Leiter der Beschaffungsabteilung im Ministerium wurde. 1947 bis zur Auflösung des Ministeriums war er mit der Leitung der Sektion „Technisch-wirtschaftliche Angelegenheiten des Elektrizitätswesens“ betraut. In diese Kategorie langjähriger Parteimitglieder und Remigranten gehört auch Leo Zimmermann (geb. 1910), der im französischen Widerstand aktiv war und die Leitung des Pressedienstes übernahm, der 1947 zu einer eigenen Abteilung aufgewertet wurde. Dr. Joseph Markus (geb. 1913), der aus der Schweiz nach Österreich zurückkehrte, begann im August 1947 als Referent der Rechtsabteilung zu arbeiten, wo ihm die Ausarbeitung eines neuen Elektrizitätsrechts übertragen wurde. Im Februar 1947 wurde Dipl.-Ing. Fritz Wachs (geb. 1911), der von 1943 bis 1947 in der britischen Armee gedient hatte, Referatsleiter in der Bauabteilung.

Neben den politischen Remigranten war Altmann aber auch auf Fachleute angewiesen, die entweder vor 1938 oder in den Jahren der NS-Diktatur ein technisches Hochschulstudium absolviert hatten und nach der Befreiung Österreichs zur KPÖ gestoßen waren. Auch in diesem Personenkreis waren bewährte Antifaschisten zu finden, etwa Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Orlicek (geb. 1912), der bereits der Führung der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes angehört hatte, im Frühjahr 1938 kurzzeitig in Gestapo-Haft war und bis Kriegsende in den Leuna-Werken arbeitete. Er hatte sich bereits zur Zeit der Renner-Regierung als Büroleiter des kommunistischen Unterstaatssekretärs Hermann Lichtenegger empfohlen und wurde von Altmann als Sekretär, und damit in die wichtigste Vertrauensposition seines Amtes, übernommen. Drei weitere neu beigetretene

Kommunisten, die sogleich die Leitung eines Referats übernahmen, waren von Beginn an im Dienst des Energieministeriums: Dipl.-Ing. Dr. Karl Deutsch (geb. 1910), der in den Jahren 1942 bis 1945 in den Konzentrationslagern Mauthausen und Oranienburg interniert war, übernahm die Leitung der Abteilung „Elektrotechnik“. Dipl.-Ing. Franz Häuslmayer (geb. 1911), der 1938 aus „rassischen“ Gründen aus dem Bundesheer entlassen worden war und dann bei verschiedenen Baufirmen arbeitete, wurde Leiter der Bauabteilung. Dipl.-Ing. Dr. Wilhelm Kovats (geb. 1906), der bis 1943 im Rüstungsministerium des Deutschen Reiches gearbeitet hatte, dann aber zu einer Strafkompagnie der Wehrmacht eingezogen wurde, leitete die Abteilung „Elektrizitätswirtschaft“ und ab 1947 auch das Sekretariat der „Wirtschaftskommission für Europa“ (ECE) im BMEE. Im Juli 1946 trat Dipl.-Ing. Fritz Peyerl (geb. 1917), der der KPÖ seit Mai 1945 angehörte und bis April 1946 in der Staatsdruckerei gearbeitet hatte, als Referent in die Beschaffungsabteilung des BMEE ein. Ende 1947 übernahm er ihre Leitung.

Zwei jener höheren Beamten, die 1945/46 Mitglied der KPÖ wurden, erwiesen sich als Fehlgriff: Ferdinand Fitz (geb. 1922), der 1943, also mit 21 Jahren, bereits zum Dipl.-Ing. avanciert sein soll, 1945 als Bauleiter bei der Generaldirektion der Post zu arbeiten begann und im Juni 1946 ins Ministerium eintrat, musste wenige Monate später bereits wieder ausscheiden, obwohl Altmann zunächst sogar seine Pragmatisierung beantragt hatte. Er wurde zeitgleich wegen verschiedener Betrügereien aus der KPÖ ausgeschlossen,⁶⁹ ließ sich dann – einem Bericht der *Arbeiter-Zeitung* zufolge – zur Fremdenlegion anwerben und wurde im Juli 1948 wegen Betrugs zu neuen Monaten schweren Kerkers verurteilt.⁷⁰ Ebenso 1947 aus der KPÖ ausgeschlossen wurde Dipl.-Ing. Walter Hanl (geb. 1912), der – obwohl mit Wirksamkeit vom 1. November 1946 zum Ministerialsekretär ernannt – auch aus dem Ministerium ausscheiden musste. Er hatte zuvor als Betriebsleiter der NEWAG in Waidhofen an der Ybbs gearbeitet und war erst im Zuge seines Dienstes im Ministerium zur KPÖ gestoßen.⁷¹

Neben der Schwierigkeit, Absolventen einer Technischen Hochschule für den höheren Ministerialdienst zu finden, litt Altmann unter dem Mangel an verwaltungsjuristisch ausgebildeten Parteimitgliedern. Als im September 1946 der in Parteikreisen völlig unbekannt Jurist Dr. Erwin Urban (geb. 1907) aus der jugosla-

wischen Kriegsgefangenschaft nach Wien zurückkehrte, bei Altmann vorsprach und tags darauf Mitglied der KPÖ wurde, nahm ihn dieser – in Absprache mit der Kaderabteilung der Partei – sogleich in sein Ministerium auf.⁷² Im April 1947 wurde er zum Sektionsrat ernannt und übernahm schließlich die Leitung des Präsidiums. „Ich brauche Juristen wie ein Stück Brot“, wiederholte Altmann in mehreren Schreiben an die Kaderabteilung und an das Politische Sekretariat der KPÖ. Ich bitte recht sehr, überall nachzusehen, ob es nicht Juristen oder auch Juristinnen gibt, die ich ins Ministerium nehmen könnte“, schrieb er im Juli 1947 angesichts der Tatsache, dass der im Innenministerium beschäftigte Kommunist Dr. Franz Zak (geb. 1908) sich in eine andere Dienststelle versetzen lassen wollte.⁷³

Die kommunistische Betriebsorganisation im BMEE

Mag bereits die vergleichsweise starke Präsenz kommunistischer Beamter im höheren Ministerialdienst des Energieministeriums überraschen, so gilt dieser Befund auch für die unteren Ebenen und Ränge. Im Mai 1946 waren im Dienstpostenplan dieser Zentralstelle 86 MitarbeiterInnen vorgesehen, für 1947 beantragte Altmann 96: darunter 36 in der Zentralleitung (einen Sektionschef, fünf Ministerialräte, fünf Sektionsräte, 13 Ministerialsekretäre und zwölf Ministerialoberkommissäre und Ministerialkommissäre), 18 im mittleren technischen Dienst, 22 im Kanzleidienst und zehn im Hilfsdienst.⁷⁴ Tatsächlich finden sich in der im Februar 1947 ausgefertigten Diensterteilung schließlich 85 Namen, von denen zumindest 42 nachweislich der KPÖ angehörten, wie eine gezielte Recherche in personenbezogenen Unterlagen im Parteiarchiv ergab. In Summe lassen sich mindestens 54 KommunistInnen nachweisen, die in der Amtszeit von Karl Altmann im Energieministerium beschäftigt waren. Ihnen allen war bewusst, dass sie in einem besonderen und einzigartigen Aufgabenbereich tätig waren: Als KommunistInnen in einem von einem Kommunisten geleiteten Ministerium. „Unser erste Aufgabe ist es den Minister in seiner Arbeit zu unterstützen, damit die Partei zeigen kann, daß ein von einem Kommunisten geleitetes Ministerium mehr für das Volk leistet als andere Ministerien“, war im März 1947 in einer Versammlung der KPÖ-Betriebsorganisation des BMEE zu hören.⁷⁵ Im Kontrast zu anderen Zentralstellen stellt es wohl auch mehr die Ausnahme denn die Regel dar,

dass von den 95 im Oktober 1947 im BMEE Bediensteten allesamt als unbelastet einzustufen waren, Altmann also in seinem Amtsbereich kein einziges ehemaliges NSDAP-Mitglied beschäftigte.⁷⁶

Bei den etwa 40 im BMEE nicht im höheren Dienst tätigen KommunistInnen handelte es sich – mit wenigen Ausnahmen – um GenossInnen, die bisher politisch wenig hervorgetreten und in ihrer Mehrzahl erst nach 1945 zur KPÖ gestoßen waren. Knapp die Hälfte war unter 30 Jahre alt, viele der Männer hatten in der Wehrmacht gedient und waren 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Unter ihnen befand sich – um nur ein Beispiel zu nennen – Heinrich Lochner (geb. 1922), der Sohn des gleichnamigen kommunistischen Widerstandskämpfers, der 1943 hingerichtet worden war. Gefragt war der Besuch einer technischen Lehranstalt, um aufgrund der hier erworbenen fachlichen Qualifikation etwa als Ingenieur in der Sektion (Elektrizitätswesen) zu arbeiten, während im Präsidium gewissenhafte Verwaltungsbeamte und Kanzleikräfte gesucht wurden. Für die fachliche Eignung und politische Verlässlichkeit der von Altmann eingestellten MitarbeiterInnen trug auch die Kaderabteilung der KPÖ Sorge, die entweder mit Vorschlägen an Erwin Urban als Personalchef herantrat oder umgekehrt entsprechende Absichten des Ministeriums prüfte. Die Kaderabteilung stellte Altmann auch Hugo Kourek (geb. 1914) als zweiten Sekretär zur Verfügung, nachdem dieser zur Unterstützung von Orliceks Arbeit eine „ausgesprochene Vertrauensperson“ angefordert hatte.⁷⁷ Kourek war in der Folge wohl für jenen überaus brisanten Bereich verantwortlich, der mit dem Informationsfluss zur operativen Führung der KPÖ zu tun hatte. Bemerkenswert ist die durch einen Fall überlieferte Einstellungspraxis, die auf den besonderen Charakter der KommunistInnen im BMEE als politisches Kollektiv hinweist: So erteilte Altmann den Auftrag, das Einstellungsgesuch eines Elektrotechnikers zu überprüfen, „allenfalls im Kollektiv“, wie er festhielt. Und obwohl die Kaderabteilung den jungen Genossen als „gut und verlässlich“ charakterisierte, entschied das Kollektiv, dass dieser aufgrund mangelnder Praxis nicht eingestellt werden solle.⁷⁸

Natürlich spielten aber auch – wie in allen Bereichen der Arbeitswelt – Interventionismus und Protektion eine gewisse Rolle: Eine im Stern-Verlag der KPÖ beschäftigte Genossin ließ über Monate hinweg so lange nicht locker, bis ihr

Schwiegersohn letztlich seinen Dienst im Ministerium antreten konnte. Aus einer Familie wiederum arbeiteten gleich fünf Angehörige im Amt. Das „Familienoberhaupt“, Maria Biussi (geb. 1902), die seit 1919 – u.a. als Bezirksrätin – in der Sozialdemokratie aktiv war, hatte in der Ersten Republik bereits als Kanzleikraft der Gemeinde Wien und schließlich als Abteilungsleiterin in der Geologischen Bundesanstalt gearbeitet. Im Juni 1945 trat sie der KPÖ bei und war als Kanzleileiterin und Sekretärin im Staatsamt für Volksernährung tätig, bevor sie in die Beschaffungsabteilung des BMEE wechselte.⁷⁹ Hier war sie auch als Frauenreferentin der kommunistischen Betriebszelle engagiert. Und natürlich sind auch Karrieremotive nicht völlig außer Betracht zu lassen: So wurde 1948, als zwei im Präsidium arbeitende Sekretärinnen aus der Partei austraten, deutlich, dass deren Beitritt in den Jahren 1945 und 1946 wohl auch aus Gründen des eigenen Vorteils erfolgt war.⁸⁰

Ähnlich wie im Falle der kommunistischen Polizeibeamten musste Altmann im Jahresverlauf 1946 einen zähen Kampf um die Pragmatisierung der kommunistischen Beamten führen. Während die Bildung der Personalstände in den anderen Zentralstellen routinemäßig erfolgte und in der Regel im Ministerrat nur abgenickt wurde, stellten die von Altmann eingebrachten Ernennungsanträge, die in Anwendung von § 7 des B-ÜG auf die Nachsicht gewisser Anstellungserfordernisse abzielten, einen Zankapfel dar. In der 42. Sitzung des Ministerrats am 29. Oktober 1946 wurde schließlich nur ein Teil der von Altmann eingebrachten Anträge positiv erledigt, nämlich jene, die die Akademiker und Mittelschultechniker zum Gegenstand hatten. „Ich habe zu allen Fällen referiert, dass es sich um das Ergebnis eines monatelangen Kampfes handle, dass ich durchaus nicht mit der Regelung einverstanden sei, dass jedoch diese Regelung als schlechtes Kompromiss schließlich zustande gekommen sei“, berichtete Altmann an die Parteiführung über den Verlauf der Sitzung.⁸¹ In der Sitzung selbst hatte Handelsminister Eduard Heigl, ein Exponent der reaktionärsten Teile der ÖVP, in zynischer Weise Altmann zu „dem großen Entgegenkommen“ gratuliert, das er mit seinen Anträgen beim Finanzministerium und beim Bundeskanzleramt gefunden habe, und vor den „Beispielfolgen“ gewarnt. Auch Finanzminister Georg Zimmermann (ÖVP) kritisierte die von Altmann beantragten „Ausnahms-



Wilhelm Frank, Leiter der Abteilung Planung im BMEE, in späteren Jahren Sektionschef im Handelsministerium

regelungen“ als „sehr gefährlich vom Standpunkt des Gesamtaufbaues“ der Beamenschaft.⁸² Altmann gelang es in diesem Zuge, insgesamt zwölf Kommunisten zu pragmatisieren, darunter neun im höheren Ministerialdienst und drei im mittleren technischen Dienst.⁸³ Ein halbes Jahr später glückte es noch, die Ernennung von Erwin Urban durchzusetzen, was den Minister – wie aus einem Schreiben an die Parteiführung hervorgeht – selbst überrascht hat.⁸⁴ Elf weitere im August 1946 eingebrachte Ernennungsanträge, darunter auch solche, die KommunistInnen im Verwaltungs-, Kanzlei- und Hilfsdienst betrafen,⁸⁵ gelangten in der Folgezeit ebenso wenig zur Beschlussfassung wie jene, die Altmann im Oktober 1947 vorlegte.⁸⁶

Auflösung des Energieministeriums

Nachdem die KPÖ im November 1947 aufgrund ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Konzentrationsregierung austrat, wurde Alfred Migsch (SPÖ) Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung. Entgegen der anfänglich von ihm erteilten Weisung, die 47 Pragmatisierungsanträge weiter zu verfolgen, die Altmann einen Monat vor seinem Ausscheiden eingebracht hatte,⁸⁷ begann Migsch 1948 mit der sukzessiven Entlassung der kommunistischen Vertragsangestellten. Obwohl auch das Bundeskanzleramt bereits seine Zustimmung zu Altmanns Ernennungsanträgen und Einstufungsplänen signalisiert hatte,⁸⁸ gelangten diese nicht mehr zur Beschlussfassung. Nach dem Amtsantritt von Migsch „wurden alle Angestellten, von denen bekannt war, dass sie der KPÖ angehörten,



Hermann Lichtenegger, Vizepräsident der Bundesbahndirektion Wien

systematisch entlassen, darunter auch ich“, hielt ein in der Kanzleidirektion beschäftigter Kommunist fest.⁸⁹ Gegen die Entlassung des Bauzeichners Richard Geyer, der Obmann der kommunistischen Parteizelle im Ministerium war, und des im Pressedienst beschäftigten ehemaligen KZ-Häftlings Karl Horak wurde im Juni 1948 selbst der KZ-Verband aktiv, der sich in einem Protestschreiben an das Ministerium wandte.⁹⁰ 1949 wurde in der *Volksstimme* von 17 Antifaschisten berichtet, die entlassen worden seien.⁹¹

Infolge ihrer Ernennung in die Personalstände in den Jahren 1946 und 1947 war es für Migsch aber unmöglich, die leitenden kommunistischen Beamten zu entlassen, weshalb er zunächst durch Versetzungsmaßnahmen versuchte, deren Einfluss zu begrenzen. Die noch von Altmann eingebrachten Anträge, bereits pragmatisierte Beamte wie Hamerschlag, Deutsch, Orlicek, Häuslmayer und Frank in höhere Dienstpostengruppen zu befördern,⁹² wurden auf Eis gelegt, wie Migsch bei Amtsantritt anordnete.⁹³ Als wichtigste Maßnahme entzog er Erwin Urban die Leitung des Präsidiums, in dem fortan kein Kommunist mehr zu finden war. Die von Leo Zimmermann geleitete Presseabteilung wurde aufgelöst und dieser der Rechtsabteilung zugeteilt. Altmanns Sekretär Orlicek wurde zunächst Sektionsleiter Hamerschlag zugeteilt und dann zum Leiter der neu geschaffenen und nur kurze Zeit bestehenden Abteilung „Wärmewirtschaft“ bestimmt. Angesichts dieser Maßnahmen wurden in der *Volksstimme* die „Terrormethoden“ des neuen Personalchefs Otto Gatscha kritisiert, der „wie ein kleiner

Diktator in der Nazizeit“ die Beamten von einer Abteilung in die andere versetzte.⁹⁴ Nichtsdestoweniger befanden sich Ende 1948 unter den 27 im Behördenverzeichnis genannten Beamten im höheren Ministerialdienst immer noch zehn Kommunisten, ihre Zahl war also seit 1946 konstant geblieben. Im Amtskalender des Jahres 1949 werden noch sieben Kommunisten unter den insgesamt 21 Beamten genannt. Ausgeschieden waren Franz Häuslmayer, der im Oktober 1947 als Direktor der verstaatlichten Ennskraftwerke und Geschäftsführer des Baukomitees Kaprun in den nachgeordneten Bereich wechselte; Karl Deutsch, der im Juli 1948 eine Stelle bei einem Chemiekonzern in London annahm; sowie im Oktober 1948 Engelbert Broda, der die Leitung der Radiochemischen Abteilung am I. Chemischen Institut der Universität Wien übernahm. Zwar wollte Broda ohnehin „keine Beamtenkarriere einschlagen“, sondern sich „ganz der Wissenschaft widmen“,⁹⁵ die zwar von Altmann beantragte, aber weiter ausstehende Ernennung zum Ministerialsekretär mag ihm diese Entscheidung aber erleichtert haben. Gleichermaßen hintertrieben wurde die von Altmann ebenso am 14. Oktober 1947 beantragte Ernennung von Fritz Wachs zum Ministerialsekretär.

Die Dominanz der kommunistischen Beamten im Elektrizitätswesen fand schließlich 1950 ein Ende, als nach den Nationalratswahlen des Jahres 1949 in Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ eine Neuordnung der Ministerien vereinbart wurde. Im Dezember 1949 wurde das BMEE aufgelöst und als Sektion IV dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe einverleibt. Einige wenige Kompetenzen wurden ins Ministerium für Handel und Wiederaufbau eingegliedert. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurden nahezu alle der KPÖ angehörenden Vertragsangestellten, die zu diesem Zeitpunkt noch im Staatsdienst standen, entlassen. „Meine Entlassung von dort erfolgt wie bei den anderen Genossen nicht durch Auflassung sondern als Maßregelung“, hielt beispielsweise eine Stenotypistin fest.⁹⁶ Der prominenteste der Gekündigten war Joseph Markus, dem die von Altmann beantragte Pragmatisierung verweigert worden war und der deshalb als Vertragsbediensteter per 31. Dezember 1949 gekündigt werden konnte.⁹⁷ Er war im Anschluss daran in der *Sowjetischen Mineralölverwaltung* (SMV) tätig.⁹⁸ Eine weitere Gekündigte war Erna Ketzlik (geb. 1904), die 1934 ihrem Mann, dem

Mitglied der KPÖ-Führung Alois Ketzlik, in das sowjetische Exil nachgefolgt war. Sie arbeitete als Dolmetscherin im Ministerium und kam vor allem bei Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht zum Einsatz. Nachdem auch sie nicht – wie von Altmann beantragt – pragmatisiert wurde, erreichte sie Ende 1949 die Kündigung. Sie leitete ab 1950 bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1965 die Bibliothek der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft*.⁹⁹

Im Zuge der Neuorganisation der Ministerien wurden auch die Positionen der im höheren Ministerialdienst stehenden kommunistischen Beamten beschnitten: So wurde der bisherige Sektionsleiter Hamerschlag 1951 in den zeitlichen, 1954 in den dauernden Ruhestand versetzt. Ebenso in den Ruhestand versetzt wurde Ende 1950 Leo Zimmermann. Er war hierauf in der Rechtsabteilung der SMV bzw. (ab 1955) ÖMV tätig. Wurden 1948 noch beide Sektionen und sechs der acht Abteilungen und 1949 immerhin noch vier Abteilungen und eine der zwei neu gebildeten Gruppen von Kommunisten geleitet, so waren in der neu geschaffenen Sektion IV des Verkehrsministeriums nur noch zwei Kommunisten unter den insgesamt sieben Abteilungsleitern: Fritz Peyerl in der Abteilung 6 (Koordinierung der Bedürfnisse der Elektrizitätswirtschaft, Devisenzuteilung und Importe) und Erwin Urban als Leiter der Rechtsabteilung. Urban wurde 1951 zum Ministerialrat befördert und stand bis zu seinem Tod im Jahr 1964 im Dienst des Ministeriums (nunmehr Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft).¹⁰⁰ Peyerl wurde in den 1960er Jahren zum Ministerialrat ernannt und blieb bis Anfang der 1980er Jahre Abteilungsleiter, nunmehr im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, dem die Energiesektion einverleibt worden war. Franz Häuslmayer blieb zwar im Bundesdienst, wechselte aber in das Elektrifizierungsamt der ÖBB (später Starkstromtechnische Zentralstelle bzw. Elektrodienst). Über das Verhältnis dieser drei zur KPÖ in späteren Jahren liegen keine Quellen vor, es ist also davon auszugehen, dass sie im Parteileben keine Rolle mehr gespielt haben. Der im Rang eines Sektionschefs pensionierte Peyerl war jedenfalls in seinen letzten Lebensjahren nicht in der organisierten ArbeiterInnenbewegung, sondern im Vorstand des *Lions-Club* engagiert.¹⁰¹

Ihre Beamtenlaufbahn im Verkehrsministerium setzten auch Wilhelm Kovats und Adalbert Orlicek fort. Beide

wurden jedoch bereits 1949 bzw. 1951 aus der KPÖ ausgeschlossen. Kovats wurde 1951 zum Ministerialrat ernannt und blieb bis 1970 Abteilungsleiter in der Energiesektion. Anlässlich seiner Pensionierung wurde ihm der Titel Sektionschef verliehen. Orlicek blieb bis 1965 im Ministerium, zunächst in derselben Abteilung wie Kovats, zuletzt als Leiter der neu geschaffenen Abteilung 8 (Friedliche Verwertung der Atomenergie). Danach wirkte er bis zu seinem Unfalltod Ende 1970 als Ordinarius an der Technischen Hochschule in Wien.¹⁰² Als Ausschlussgrund gegen Orlicek wurde 1951 vorgebracht, dass er keine Mitgliedsbeiträge mehr bezahle, sich an keinen Aktionen der Partei beteilige, ja sich sogar weigere, die Kandidatur der KPÖ-nahen *Gewerkschaftlichen Einheit* bei Personalvertretungswahlen mit seiner Unterschrift zu unterstützen.¹⁰³ Überdies wurde der Partei bereits 1950 Bericht erstattet über seinen ausschweifenden Lebensstil,¹⁰⁴ was allein als Hinweis darauf ins Treffen geführt sei, dass ein höherer Ministerialbeamter aufgrund der Logik seiner sozialen Lage, seines beruflichen Umfelds und seiner Karriereplanung leicht mit der politischen Kultur der KPÖ als ArbeiterInnenpartei in Konflikt geraten konnte. Nicht jeder Parteiaustritt und jede spätere Distanzierung von der KPÖ ist daher allein aus politischen Motiven zu erklären. Jenen Fachleute im Bundesdienst, die von Beginn an wenig in das Parteilieben integriert waren und die aufgrund der Ausgrenzung und Isolation der KPÖ ihre Parteimitgliedschaft zunehmend als Belastung für ihr berufliches Fortkommen empfunden haben mögen, war entweder die Zäsur des Jahres 1956 ein willkommener Anlass, aus der KPÖ auszuschneiden, oder sie haben sich in aller Stille – ohne demonstrativen Schritt – aus der Partei zurückgezogen.

In das Ministerium für Handel und Wiederaufbau (ab 1966 für Bauten und Technik), und nicht in das Verkehrsministerium, wechselte Wilhelm Frank, der bis dahin eine Abteilung geleitet hatte, nun aber bis 1970 „nur“ als Referent in der energiewirtschaftlichen Abteilung arbeitete. Nach einem Zwischenspiel im Ministerium für Wissenschaft und Forschung stieg er im Jänner 1974 zum Leiter der Energiesektion im Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und damit zum Sektionschef auf. Er war zu diesem Zeitpunkt der einzige und letzte höhere kommunistische Ministerialbeamte, wobei zu berücksichtigen ist, dass er bereits im Jänner 1969 – infolge des Einmar-

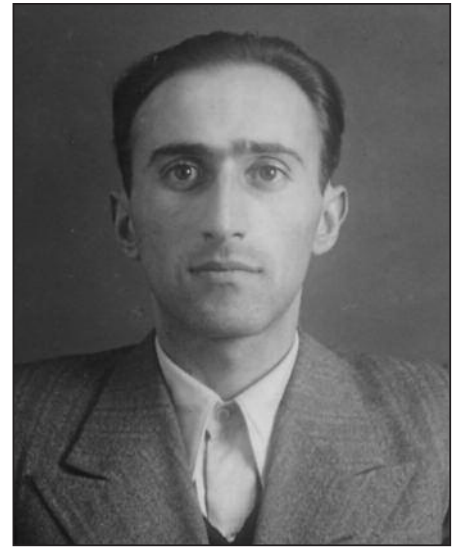
ches der Warschauer Vertragsstaaten in Prag – aus der KPÖ ausgetreten war.¹⁰⁵ Seine Pensionierung erfolgte 1980.¹⁰⁶

In den 1950er und 1960er Jahren kletterten auch einige wenige Kommunisten die Karriereleiter nach oben, die unter Altmann im mittleren technischen Dienst des Energieministerium zu arbeiten begonnen hatten, während jene, die damals im Verwaltungsdienst des BMEE tätig waren, ohne Ausnahme gekündigt wurden. Im Amtskalender nachweisen lassen sich in dieser Hinsicht Ing. Ferdinand Sotola (geb. 1919) in der von Kovats geleiteten Abteilung, Franz Suntych (geb. 1917), der 1949 die Baumeisterprüfung absolvierte, in derselben Abteilung wie Wilhelm Frank, sowie zuletzt Karl Kauder (geb. 1910) in der Abteilung „Maschinenwesen“ des Handelsministeriums. Bemerkenswert ist, dass Fritz Wachs, den Altmann schon Ende 1947 erfolglos als Ministerialsekretär vorgeschlagen hatte, in den 1960er Jahren in der Abteilung 5 (Wasserbautechnische Angelegenheiten der schiffbaren Flüsse usw.) des BMHW immer noch Vertragsbediensteter war.

Weitere Ministerien und nachgeordnete Stellen

In allen weiteren Zentralstellen und deren nachgeordneten Behörden waren KommunistInnen nur schwach vertreten, in führender Position gar nur in Einzelfällen. So nennt eine aus dem Jahr 1951 vorliegende Zahl 85 der KPÖ angehörende StaatsdienerInnen außerhalb der Polizei (in Summe waren es 945), die in drei Sektionen zusammengefasst waren: 40 im Bereich der Finanz, 14 in der Justiz und 31 im Bereich der „Wirtschaftsverwaltung“, worunter das Handels- und das Verkehrsministerium fielen.

Ein Einzelfall ist David Brill (geb. 1885), Mitglied der KPÖ seit 1918 und Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in den Jahren 1945 bis 1948.¹⁰⁷ Er war zur Zeit der Provisorischen Regierung als Sekretär von Johann Kopenig in der Staatskanzlei beschäftigt und blieb danach im Bundeskanzleramt „in besonderer Verwendung“. Er wurde dem ÖVP-Mann Franz Sobek zum Dienst zugeteilt, von diesem aber weitgehend kaltgestellt: „Akt bekam er von mir keinen einzigen. Nicht einmal KZ-Akten“,¹⁰⁸ so Sobek, der im BKA für die Angelegenheiten der ehemaligen KZ-Häftlinge und die Schaffung einer von den drei Parteien gebildeten Organisation der Freiheitskämpfer und NS-Opfer (KZ-Verband) freigestellt war. Im März 1948 wurden sowohl Sobek als auch Brill von Vizekanzler



Max Umschweif, Leiter des Staatspolizeilichen Büros, danach Beamter der Finanzlandesdirektion für Wien

Adolf Schärf (SPÖ) in einer Wählerversammlung als Beamte angegriffen, die sich „trotz Wiedergutmachung sozusagen ein Leben lang auf ihren Leiden ausruhen wollen“.¹⁰⁹

Im Bereich der ÖBB lassen sich zwei Kommunisten ausmachen, die ihre Führungspositionen bis zu ihrer Pensionierung halten konnten: Zum einen der ehemalige Unterstaatssekretär Hermann Lichtenegger (geb. 1900), der in der Renner-Regierung für den Eisenbahnverkehr zuständig war und danach Vizepräsident der Bundesbahndirektion Wien wurde (1946–1957). Zum anderen Karl Zmek (geb. 1899), der in der Generaldirektion der ÖBB (Sektion II des Verkehrsministeriums) bis in die 1960er Jahre das Referat „Ausbildung und Schulung“ leitete. Vom staatspolizeilichen Büro der Polizeidirektion Wien ins Finanzministerium versetzt wurde Dr. Max Umschweif, nachdem im Ministerrat die Tatsache kritisiert worden war, dass sein Bruder ein „Kassenschränker“ sei, und Umschweif aus diesem Grund für den Polizeidienst nicht weiter in Frage komme.¹¹⁰ Seine Beamtenlaufbahn endete – nach langen Jahren im Finanzamt für Gebühren und Verkehrsteuern – in einer Geschäftsabteilung der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, wo er in den 1970er Jahren als wirklicher Hofrat pensioniert wurde. Der KPÖ gehörte er bis zu seinem Tod im Jahr 1986 an.¹¹¹ Ein Einzelfall ist auch Alois Schroth (geb. 1892), der bereits in der Ersten Republik Mitglied des Parteivorstands der KPÖ war. Er leitete im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – einer nachgeordneten Stelle des Handelsministeriums, in der seit den 1920er



Stadtrat Viktor Matejka (vorne, 2.v.r.) mit leitenden Beamten des Amtes für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien, u.a. Ferdinand Wernigg (vorne, 1.v.r.), Walter Hollitscher (2. Reihe, Mitte) und Friedrich Wildgans (2. Reihe, 2.v.r.)

Jahren eine Parteizelle der KPÖ existierte – das Referat „Photographie“ der Abteilung „Reproduktion der Kataster- bzw. Grundbuchsmappen“. Von 1945 bis 1948 war er stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten,¹¹² eine Funktion, die nach ihm – bis zu seinem Ausschluss aus dem ÖGB nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 – der Kriminalrevierinspektor Johann Kouril (geb. 1919) innehatte.¹¹³

Im Bereich des Auswärtigen Amtes wurde – entgegen bereits getätigter Zusagen – die Aufnahme kommunistischer Beamter von Außenminister Karl Gruber (ÖVP) verhindert. Zunächst setzte er eine Parteienvereinbarung außer Kraft, wonach die KPÖ die Botschafterposten in Ungarn und Jugoslawien besetzen sollte.¹¹⁴ Bis ins Jahr 1947 hinein blieb die Bestellung von Theodor Prager für einen Posten in der Politischen Vertretung Österreichs in London im Gespräch, die aber ebenso verunmöglicht wurde.¹¹⁵ „Der Versuch, geeignete Personen aus der Kommunistischen Partei für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen, scheiterte am Widerstand des Außenministeriums“, kritisierte die KPÖ.¹¹⁶

In der genannten Gesamtzahl von 945 kommunistischen Staatsangestellten ist ein Sonderfall der Nachkriegsgeschichte nicht enthalten: jene der KPÖ angehörenden StaatsdienerInnen, die in der alliierten

Zensurstelle zur Kontrolle des Brief- und Telefonverkehrs mit dem Ausland arbeiteten. Obwohl auf Weisung der Alliierten eingerichtet, waren deren Dienststellen ab 1947 administrativ dem Innenministerium zugeordnet. Zu diesem Zeitpunkt waren in der sowjetischen Zensurstelle am Schillerplatz ca. 600 Personen beschäftigt, deren Kosten die Republik zu tragen hatte.¹¹⁷ In den folgenden Jahren ging ihre Anzahl deutlich zurück, der prozentuelle Anteil der KommunistInnen blieb aber hoch: So berichtete die Betriebsorganisation der Abteilung „Z 5“ (Fernamt) im Jahr 1951 von 82 Parteimitgliedern, jene der Abteilung „Z 6“ (Briefzensur) von 97 Mitglieder

bei insgesamt 136 Beschäftigten. Bis zur Abschaffung der Auslandszensur im August 1953 ging deren Anzahl auf 42 bzw. 76 zurück.¹¹⁸ Von den dortigen Vertragsbediensteten dürfte niemand im Staatsdienst behalten worden sein.

Magistrat der Stadt Wien

Über die Staatsämter hinaus war die KPÖ auch darum bemüht, im Wiener Rathaus mit BeamtInnen vertreten zu sein, was aber selbst in den beiden von Kommunisten geleiteten Geschäftsgruppen – Wohlfahrtswesen (Vizebürgermeister Karl Steinhardt), Kultur und Volksbildung (Viktor Matejka) – nur in Ansätzen gelang. Im Jahr 1945 waren gar nur zwei leitende kommunistische Beamte im Bereich des Wiener Magistrats aktiv, von denen aber auch in den folgenden Jahren einer auf dem Papier blieb: So wurde der als Verwaltungsjurist allgemein anerkannte Karl Altmann, der bis 1934 die Pressestelle der Stadt Wien geleitet hatte und im Oktober 1938 aufgrund der „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ als Magistratsbeamter pensioniert worden war, bereits im 16. April 1945 zum stellvertretenden Magistratsdirektor bestellt. Durch seine wenige Tage später erfolgte Berufung als Unterstaatssekretär für Justiz in die Provisorische Regierung Renner und seine darauffolgende Tätigkeit als Ener-

gieminister in der Figl-Regierung bis November 1947 konnte er diesen Beruf aber nicht aktiv ausüben. Vom Wiener Bürgermeister Theodor Körner zum provisorischen Leiter des Referates „Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten“ der Magistratsdirektion der Stadt Wien bestellt¹¹⁹ und im Amtskalender als Leiter des Büros der Magistratsdirektion angeführt, blieb Altmann aber auch nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung beurlaubt, wohl auch deshalb, weil er bis Dezember 1954 Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und Landtag war. Er wurde schließlich mit 31. Dezember 1954 in den dauernden Ruhestand versetzt.¹²⁰

Neben Altmann war im Jahr der Befreiung ein einziger Kommunist in leitender Stellung tätig, nämlich Dr. Ehrenfried Lande, der am 16. April 1945 mit der Leitung des Städtischen Gesundheitsamtes (Magistratsabteilung 15) beauftragt wurde.¹²¹ In der NS-Zeit war Lande in derselben Widerstandsgruppe wie Altmann aktiv und als dessen Arzt dafür verantwortlich, dass Altmann aufgrund einer gefälschten Diagnose nicht zum Militärdienst einrücken musste.¹²² In seinem Amtsbereich waren in den folgenden Jahren auch die kommunistischen Ärzte Dr. Alfred Fischer (geb. 1894) und Dr. Peter Lorant (geb. 1912) tätig: Fischer, bereits vor 1934 im Tuberkulosereferat des Gesundheitsamtes, übernahm nun dessen Leitung, Peter Lorant arbeitete als Amtsarzt. Lande, dessen Schwester Genia bereits in den 1920er Jahren dem Zentralkomitee der KPÖ angehört hatte und nach 1945 in der Zentralen Parteischule und im Nationalratsbüro der Partei arbeitete, leitete das Gesundheitsamt zwar bis 1960, wurde aber bereits 1951 aus der KPÖ ausgeschlossen.¹²³ In den Jahren 1945 bis 1951 trat er kaum aktiv als Kommunist in Erscheinung.

Auch der führende Kopf der kommunistischen Widerstandsgruppe, in der neben Altmann und Lande u.a. Laurenz Genner, Hella Postranecky und Karl Hans Heinz aktiv waren, der 1934 zur KPÖ übergetretene Schutzbundkommandant Otto Tropper (geb. 1896), übernahm 1945 eine leitende Funktion in Wien: Bereits vor 1934 Betriebsratsobmann der Städtischen Lagerhäuser und Leiter der dortigen kommunistischen Betriebszelle in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur, wurde er unmittelbar nach der Befreiung von Körner mit der Inbetriebsetzung und Leitung der Lagerhäuser betraut. Nach seiner politisch motivierten Absetzung im Jahr 1949 wurde er Betriebsrats-



Bezirksschulinspektorin Hedwig Mitis

obmann von Siemens-Schuckert II, einem USIA-Betrieb.¹²⁴

Viktor Matejka, der aufgrund einer Vereinbarung mit der SPÖ auch nach den Novemberwahlen des Jahres 1945 amtsführende Stadtrat blieb, gelang es erst 1946, Kommunisten in leitender Stellung in sein Amt zu holen. Er installierte dazu ein System von Konsulenten, darunter zwei Kommunisten: Walter Hollitscher (geb. 1911) als Wissenschaftskonsulent und den Komponisten Friedrich Wildgans (geb. 1913) als einer von drei Musikkonsulenten. Darüber hinaus war seit 1947 Otto Kreilisheim (geb. 1909) als eine Art „Mittelding zwischen Sekretär und Referent“¹²⁵ tätig. Nachdem Matejka nach den Wahlen des Jahres 1949 als Stadtrat ausscheiden musste, mussten im Jahresverlauf 1950 auch Hollitscher und Wildgans ihre Arbeit als Konsulenten aufgeben. Kreilisheim wurde als Schreiber in die Pädagogische Zentralbücherei versetzt, was dieser als demütigend empfand und aus den Diensten der Stadt Wien ausschied, um fortan im Apparat der KPÖ bzw. für den *Österreichischen Friedensrat* zu arbeiten.

1948 wurde von insgesamt 42 GenossInnen berichtet, die im Gemeindedienst tätig waren.¹²⁶ 1951 umfasste die kommunistische Betriebsorganisation im Wiener Rathaus 74 Mitglieder (bei insgesamt ca. 2.000 Beschäftigten).¹²⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings nur noch zwei kommunistische BeamtenInnen an exponierter Stelle tätig: Zum einen Dr. Ferdinand Wernigg (geb. 1909), der 1945 nach seiner Rückkehr aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft im Amt von Viktor Matejka als dessen Sekretär zu arbeiten begonnen hatte. Nach dem Ausscheiden Matejkas aus dem Stadtsenat im Jahr 1949 wurde die MA 8 (Fachliche Angelegenheiten der Kultur und Volks-

bildung) aufgelassen und Wernigg in die MA 9 (Stadtbibliothek) versetzt. Dr. Olga Cermak (geb. 1909), deren Vater Parlamentsabgeordneter und Sekretär der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei war, arbeitete zunächst als rechtskundige Beamtin im Konzeptsdienst der Stadt Wien, zwischenzeitlich in den Magistratischen Bezirksämtern im 8. und 12. Bezirk und schließlich – zum Magistratsrat ernannt – in der Magistratsabteilung für Sozialversicherung. Nach Cermaks frühem Tod im Jahr 1956¹²⁸ und Werniggs Austritt aus der Partei im November dieses Jahres¹²⁹ gab es – abgesehen von den beiden Ärzten Lorant und Fischer – keine KPÖ-Mitglieder mehr, die im Amtskalender im Bereich des Magistrats der Stadt Wien genannt wurden.

Wiener Stadtschulrat

Ähnlich der Wiener Polizeidirektion und dem Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung stand auch der Wiener Stadtschulrat im Zeichen der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses, den die KPÖ – aufgrund der zeitweiligen Machtposition Ernst Fischers – im Jahr 1945 auszuüben in der Lage war. Auch hier ging es ÖVP und SPÖ darum, die im Ministerrat anstehenden Ernennungen kommunistischer Schulinspektoren hinauszuzögern oder gar zu verhindern. Waren zunächst zwei von insgesamt zehn Landesschulinspektoren der KPÖ zuzurechnen (Franz Klusacek und Anton Sacher), wurde 1946 seitens des Unterrichtsministeriums eine Reduktion der Dienstposten geplant, deren Ziel offenkundig allein darin bestand, die Anzahl der kommunistischen Inspektoren zu begrenzen. Erst nach mehreren Interventionen von Karl Altmann bei Unterrichtsminister Felix Hurdes (ÖVP) wurden Klusacek (geb. 1901) und Sacher (geb. 1889) im Juli bzw. Oktober 1947 vom Ministerrat zu Landesschulinspektoren für die Mittelschulen in Wien ernannt.¹³⁰ Damit verfügte die KPÖ zu diesem Zeitpunkt über zwei von österreichweit 25 Landesschulinspektoren und über zwei von insgesamt 109 BezirksschulinspektorInnen, nämlich Hedwig Mitis (16. und 26. Bezirk) und Johann Spitzer (22. Bezirk) für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen in Wien.¹³¹ Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt etwa 160 LehrerInnen in Wien Mitglied der KPÖ.¹³²

In leitender Position im Wiener Stadtschulrat war auch Dr. Rudolf Kraichel (geb. 1890), der bereits seit 1922, der Zeit Otto Glöckels, als Referent in dieser

Behörde aktiv war und 1934 aus politischen Gründen in den Schuldienst zurückversetzt wurde. Er wurde 1945 Mitglied der KPÖ und Obmann des parteinahen *Bundes demokratischer Lehrer und Erzieher* (BDL) und leitete das Referat für staatliche Erziehungsheime im Wiener Stadtschulrat. Seine Frau Marie Kraichel, die in der Ersten Republik acht Jahre lang für die Sozialdemokratische Partei Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag war, wurde nach ihrem Ausschluss aus der SPÖ im Jahr 1947 ebenso Mitglied der KPÖ.¹³³ Wie sehr höhere kommunistische Beamte für die Regierung ein Stein des Anstoßes blieben, zeigt eine Wortmeldung Oskar Helmers in der Sitzung des Ministerrats am 14. Dezember 1954, wusste dieser doch anlässlich der routinemäßigen Ernennung Kraichels zum Oberstudienrat einzuwenden, dass es sich bei diesem um einen Kommunisten handle.¹³⁴

Nach dem Tod von Sacher im Jahr 1948¹³⁵ wurde zunächst kein Nachfolger ernannt. Als 1952 die Anzahl der Landesschulinspektoren wieder auf fünf erhöht wurde, wurde schließlich kein kommunistischer Parteigänger nachnominiert. Nachdem Spitzer 1951 ausgeschieden war, Klusacek 1955 verstarb und Kraichel im selben Jahr in Pension ging,¹³⁶ war mit der BDL-Vorsitzenden Hedwig Mitis (geb. 1906) als Bezirksschulinspektorin für den 16. Wiener Bezirk nur noch eine kommunistische Funktionärin in leitender Position im Bereich des Wiener Stadtschulrats tätig. Sie trat – zum Regierungsrat ernannt – 1968 in den Ruhestand.¹³⁷

Niederösterreich

Von der Schwäche der KPÖ im Beamtenapparat auf Landesebene zeugt die Tatsache, dass in Niederösterreich trotz der Präsenz und bestimmenden Rolle der Roten Armee kein einziger Kommunist in leitender Position tätig war. Der einzige Kommunist, der als Landesbeamter Fuß fassen konnte und 1949 pragmatisiert wurde, war Dr. Ludwig Weiss (geb. 1912) als Sekretär des kommunistischen Mitglieds der Landesregierung Laurenz Genner. Er war bereits zur Zeit der Renner-Regierung als Sekretär des damaligen Unterstaatssekretärs für Land- und Forstwirtschaft tätig und wurde nach 1955 für den Landtagsklub der *Volksopposition* und 1959 für den *Verband kommunistischer Gemeindevertreter* freigestellt. Er trat 1977 in den dauernden Ruhestand.¹³⁸

Eine Groteske entwickelte sich um den Kommunisten Franz Starka (geb. 1909), der bereits vor 1938 im Landesdienst ge-



Ludwig Weiss, niederösterreichischer Landesbeamter

arbeitet hatte und 1945, nach seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus Stein an der Donau, als Bezirkshauptmann von Lilienfeld eingesetzt wurde. Da es sich bei Starka aber um keinen rechtskundigen Beamten handelte, er also als Amtsleiter die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllte, wurde die Bezirkshauptmannschaft kurzerhand in eine Expositur der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten umgewandelt. Der Zusatz „Expositur“ könne „nach Enthebung von Franz Starka wieder wegfallen“, wie Landesamtsdirektor Hans Vanura festhielt.¹³⁹ 1951 wurde Starka vom Dienst suspendiert und wegen diverser ihm angelasteter Verfehlungen ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er musste aber auf Befehl des sowjetischen Militärkommandanten wieder eingesetzt werden.¹⁴⁰ Nachdem eine Kompromisslösung, etwa die Ablösung Starkas durch einen anderen Kommunisten, gescheitert war, schied dieser 1953 freiwillig aus dem Amt.¹⁴¹ Unmittelbar darauf wurde auch die Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld wieder reaktiviert.

Fehlende Demokratisierung

In der Literatur wird die Orientierung der KPÖ auf eine Demokratisierung des Staatsapparats aus zweierlei Motiven kritisiert: Einerseits – aus „ultralinker“ Sicht – als Verzicht auf unmittelbar revolutionäre Zielstellungen,¹⁴² andererseits problematisiert Heinz Gärtner die „institutionellen Strategie“ der KPÖ mit ihrer „sentimentalen Fixierung“ auf die Erneuerung des Staatsapparats, habe doch seiner Meinung nach der Staat als Hauptadressat der kommunistischen Forderungen fungiert.¹⁴³ Zweifelsohne wurde in Einschätzung der innenpolitischen Faktoren der Zerfall des faschistischen Staatsapparats und die damit verbundene

Erschütterung der politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnisse von den KommunistInnen überbewertet, die laufende Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse demgemäß auch nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Insgesamt ließ sich die KPÖ jedoch von ihrer antifaschistisch-demokratischen Grundkonzeption leiten, wonach es darum ging, im Rahmen der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte möglichst weitreichende Schritte in Richtung Öffnung eines Weges hin zu sozialistischen Umgestaltungen einzuleiten. Die Partei begriff dabei auch den Staatsapparat als Feld dieser Auseinandersetzung, als Kampfplatz um die künftige Entwicklung Österreichs. Hieraus leitete sich auch ihre Kritik an dessen schleppender „Säuberung“ von faschistischen und reaktionären BeamtInnen und an der mangelnden Durchführung jener Bestimmungen des B-ÜG ab, die antifaschistischen Kräften den Zugang zu leitenden Funktionen erleichtern sollten.

Mit Sicherheit waren gegen Ende des Jahres 1945 bei den führenden ParteifunktionärInnen keine Illusionen über die konkreten Kräfteverhältnisse im Staatsapparat selbst und die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden. Der von Gärtner der KPÖ unterstellte Glaube, „in einem von den gesellschaftlichen Klassen losgelösten Staatsapparat operieren“ zu können,¹⁴⁴ entsprach gewiss nicht dem Erfahrungshorizont der kommunistischen Regierungsmitglieder. Als Karl Altmann Anfang Dezember 1945, nach der Wahlniederlage der KPÖ, kritisch auf die Politik seiner Partei in der Provisorischen Regierung Renner Rückschau hielt, musste er u.a. einschätzen, dass es nicht gelungen sei, „die Tätigkeit des Staatsapparates so zu lenken, wie sie den Interessen des Volkes entsprochen hätte und wie wir sie gewünscht hätten“. Selbst dort, wo Kommunisten Staatsämter geleitet hätten, konnte das Gewollte nicht erreicht werden, „denn es lag zwischen ihnen und der Durchführung der Beamtenapparats“. Als konkretes Beispiel nannte er in dieser Sitzung des Zentralkomitees die Widerstände der Bürokratie gegen die von Ernst Fischer geplante Schulreform.¹⁴⁵ Auch in einem Leitartikel des Zentralorgans wurde be-

klagt, dass die KPÖ in den beiden von ihnen verwalteten Staatsämtern nicht einmal die Möglichkeit hatte, „den bürokratischen Beamtenapparat zu erneuern und mit neuen, frischen, demokratischen Kräften zu durchsetzen“.¹⁴⁶

Die weitere Zurückdrängung des kommunistischen Einfluss im Staatsapparat und in der Verwaltung war einer der Hauptschauplätze der innenpolitischen Isolierung und Ausgrenzung der KPÖ im Zuge des beginnenden Kalten Krieges. Bereits im September 1946 war die KPÖ gegenüber den sowjetischen Stellen zur Einschätzung gezwungen, dass ihre Positionen im Verwaltungsapparat „bedeutend geschwächt“ seien. Die kommunistischen Vertreter dort seien „isoliert und auf zweitrangige, unbedeutende Plätze abgedrängt“.¹⁴⁷ So blieb die Kritik an der Sabotage des B-ÜG auch in den Jahren 1946/47 ein fixer Bestandteil der kommunistischen Politik. Die Durchführung dieses Gesetzes bzw. jener Bestimmungen, die auf eine Erneuerung des Staatsapparats durch AntifaschistInnen abzielten, sei „der Prüfstein dafür, wie ernst es den beiden großen Parteien um die wirkliche Demokratisierung Österreichs ist“, schrieb Franz Honner im Zentralorgan der Partei.¹⁴⁸ Die KPÖ versuchte dann auch, den bescheidenen realpolitischen Einfluss, der ihr auf Regierungsebene geblieben war, zu nutzen, um bei der Demokratisierung der Verwaltung Verbesserungen durchzusetzen. Als etwa im Frühjahr 1946 Parteienverhandlungen über eine Neufassung des Verbotsgesetzes eingeleitet wurden, erklärte die KPÖ die Durchführung des B-ÜG zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Neuregelung der „Nazifrage“, was auch in die Parteienvereinbarung vom 30. März 1946 Eingang fand.¹⁴⁹ Als im Parlament schließlich die Beschlussfassung des Nationalsozialistengesetzes bevorstand, musste die Partei zwar einschätzen, dass diese von ihr verlangte Vorbedingung nicht erfüllt worden sei.¹⁵⁰ Um die Verabschiedung des NS-Gesetzes jedoch nicht hinauszuzögern, ließ sich die KPÖ die Zusage geben, „daß ein erster wesentlicher Schritt zur Durchführung des Beamten-Überleitungsgesetzes sofort getan wird, nämlich die Einstufung der neuen Beamten in die Polizei und in einigen Ministerien, entsprechend den Funktionen, die sie innehaben“, wobei Ernst Fischer in seiner Rede im Nationalrat am 24. Juli 1946 vor allem das Energieministerium vor Augen hatte.¹⁵¹

Zu diesem Zweck wurde am 17. Juli 1946 ein eigenes Ministerkomitee einge-

setzt aus Adolf Schärf, Ferdinand Graf und Karl Altmann, unter Zuziehung des jeweiligen Ressortministers.¹⁵² In diesem Komitee ging es der KPÖ darum, die seit Monaten ausstehenden Personalfragen zu erledigen, wobei Altmann zuletzt bei den Polizeierennungen Härte demonstrierte: „Mein Standpunkt in dieser Sache ist unverrückbar. Und ich gedenke davon im Grundsätzlichen auch nicht einen Schritt abzugehen, komme, was da wolle. Hier handelt es sich wirklich um eine entscheidende Frage und darum gibt es kein Ausweichen. Die Erfahrungen der ersten Republik Österreich sind klar, eindeutig und überzeugend. Und daß wir nicht wieder solche Erfahrungen sammeln müssen, dafür werde ich kämpfen. Auch die Arbeiterschaft wird dafür kämpfen“, schrieb er Mitte September 1946 an Oskar Helmer angesichts der anhaltenden Verschleppung dieser Angelegenheit, die zu einem „Affentheater“ geworden sei.¹⁵³ Auch an Schärf richtete er die mahnenden Worte, dass es die österreichische Arbeiterschaft nicht zulassen könne, „dass die Polizei wieder völlig in die Hand der Reaktion“ komme. Ferdinand Graf habe „deutlich erkennen lassen, dass er das Vorrecht der Reaktion auf den Machtapparat der Polizei mit Zähnen und Klauen zu verteidigen oder zu erkämpfen gewillt ist“, so Altmanns Appell an den sozialdemokratischen Vizekanzler, die in diesen „Grundforderungen der Arbeiterschaft“ gleichlautenden Interessen von SPÖ und KPÖ zu vertreten.¹⁵⁴ In der *Volksstimme* wurden angesichts der bevorstehenden Ernennung von Norbert Ferraris und Heinrich Hüttl die „reaktionären Bestrebungen neuaufgetakelter Heimwehrpolitiker und anderer Rückschrittler“ kritisiert, „aus der Polizei wieder eine Schober-Garde unseligen Angehendens zu machen“.¹⁵⁵

Stärker als die von Altmann gewünschte gemeinsame Abwehr reaktionärer Vorstöße war jedoch der antikommunistische Grundkonsens von ÖVP und SPÖ, wurde doch die Förderung einer demokratischen Beamenschaft von beiden Parteien vor allem als Hebel der KPÖ wahrgenommen, sich verstärkt im Staatsapparat zu verankern. Zwar wurde – wie oben ausgeführt – in den Sitzungen des Ministerrats am 29. Oktober und 12. November 1946 ein Teil der von der KPÖ geforderten Pragmatisierungen gemäß § 7 des B-ÜG beschlossen, insgesamt waren aber ÖVP und SPÖ bestrebt, dieses Gesetz als Vehikel für eine weitere Demokratisierung abzustumpfen. Für die SPÖ war das konservativ-reaktionäre Übergewicht in der Ver-

waltung ein kleineres Übel gegenüber der als Gefahr erkannten Möglichkeit, dass sich auf dieser gesetzlichen Grundlage KommunistInnen im Beamtenapparat der Zweiten Republik festsetzen könnten. Der direkte Zusammenhang zwischen antikommunistischer Hegemonie und gescheiterter Erneuerung des Staatsapparats wird auch durch einen Bericht von Oskar Helmer in der Sitzung des SPÖ-Parteivorstands Ende September 1946 deutlich: „Das Beamtenüberleitungsgesetz gibt uns die Handhabe eine Bresche in die bürokratische Maschinerie zu schlagen. Wenn wir dies im Falle Polizei anwenden, werden wir eine dauernde Auslieferung gewisser Stellen an die KP erreichen. Durch solche Ernennungen wird der ganze Aufbau des Beamtentums nicht nur im Bunde und der Gemeinde auf den Kopf gestellt werden“, so Helmer über die „Sprengpatrone“, die die KPÖ mit dem B-ÜG „in die Polizei gelegt“ habe.¹⁵⁶

Diese Gefahr erkannte auch Finanzminister Georg Zimmermann, als er im Ministerrat den dezidierten Nachweis für die „besonderen Fähigkeiten“ und die „Tüchtigkeit“ der nach dem B-ÜG zu ernennenden, größtenteils kommunistischen Polizeibeamten forderte: „Anders würden wir ja das ganze Beamtensystem ruinieren“,¹⁵⁷ so der ÖVP-Politiker in Sorge darüber, dass Angehörige der ArbeiterInnenklasse die Vorherrschaft seiner Partei in den höheren Verwaltungsstellen gefährden könnten. Wenige Wochen zuvor hatte auch Julius Raab, damals Präsident der Bundeswirtschaftskammer, im Finanz- und Budgetausschuss des Parlaments die Entfernung von Personen ohne die „vorgeschriebene Schulbildung“ von leitenden und verantwortlichen Stellen im Staatsapparat gefordert und namentlich den Polizeivizepräsidenten Othmar Strobel genannt: „ein Kommunist, ein Arbeiter, der die Reifeprüfung für die Sache Österreichs und der Demokratie schon zu einer Zeit abgelegt hat, als Herr Raab noch bei Mussolini in die Schule ging“, wie die *Volksstimme* entgegnelt.¹⁵⁸



Franz Honner, Staatssekretär für Inneres in der Provisorischen Regierung Renner (1945)

„Standesdünkel und Kastentradi-tion“¹⁵⁹ blieben in der österreichischen Verwaltung allgegenwärtig, nicht zuletzt unter dem Deckmantel der „unpolitischen Fachmänner“, die sich in der Anfertigung formgerechter Protokolle jenen überlegen fühlten, die zunächst „nur deren antifaschistische Gesinnung und den guten Willen in Rechnung“ stellen konnten, wie Dürmayer in seinem Bericht über 1945 festhielt.¹⁶⁰ Ein Umstand, den auch der damals als Kriminalbeamter arbeitende Spanienkämpfer Hans Landauer in einem späteren Interview ungeschminkt festhielt: „Daß ein Akt von uns zur damaligen Zeit nicht so ausgesehen hat wie von diesen alten Federfuchsen, die aber moralisch absolute Schweine waren, ist klar. Die haben diese Nasenlänge voraus gehabt.“¹⁶¹ Fachwissen könne man erwerben, eine demokratische Gesinnung und österreichischen Patriotismus müsse man jedoch mitbringen, wurde den Forderungen nach einer von den „alten Fachleuten“ dominierten „unpolitischen Polizei“ in einer Wahlbroschüre entgegengehalten.¹⁶²

Wie sehr die Diskrepanz zwischen „altem Geist“ und dem von der KPÖ geforderten „neuen Wind“ in den Amtsstuben spürbar wurde, zeigt eine Reaktion von Heinrich Dürmayer auf die an ihm geübte Kritik, dass mancher Erlass der Staatspolizei nicht auf Punkt und Beistrich den

formalen Anforderungen gerecht worden sei: „Ich bin nicht gewillt, länger mit diesen Methoden an mir [...] herumhantieren zu lassen, die möglicherweise einer Jahrhunderte langen Tradition entsprechen, keinesfalls aber den Erfordernissen der Zeit“, so der kommunistische Leiter der Wiener Staatspolizei. „Das neue Österreich verlangt reine und klare Luft in den Amtsräumen und nicht die pudel- und intrigengeschwängerte einer verfallenen Epoche.“ Er sei deshalb auch nicht länger „gewillt, wegen eines schlechtgesetzten Beistrichs an mir herumnörgeln zu lassen, wenn der Inhalt des Satzes richtig ist. [...] Was an mir liegt, die Beamenschaft mit einem anderen Geiste zu erfüllen, wird geschehen und ich hoffe zuversichtlich, dass eine neue und junge Beamengeneration heranwächst, die Rückgrat hat und die schwüle Luft der Vergangenheit nur noch vom Hörensagen der Kollegen kennt.“¹⁶³ Die fehlende Durchführung des Beamten-Überleitungsgesetzes ist nicht zuletzt ein Grund dafür, dass „die schwüle Luft der Vergangenheit“ noch heute spürbar ist.

Anmerkungen:

- 1/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. Moskau 1944, S. 14.
- 2/ Wolfgang Kos: Entnazifizierung der Bürokratie, in: Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Wien 1986, S. 52–72, hier S. 68.
- 3/ e.f. [Ernst Fischer]: Das neue Österreich braucht neue Menschen, in: *Neues Österreich*, 13.5.1945, S. 1–2, hier S. 1.
- 4/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Kriegsarchiv, NL Karl Renner, E/1731:312
- 5/ Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, NL 38, Ernst Fischer, Do 126, Mapped 3, Entwurf für das Sofortprogramm. o.D. [Juni/Juli 1945], S. 4.
- 6/ Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 1f.
- 7/ So Ernst Fischer im Nationalrat (Stenographisches Protokoll. 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 24. Juli 1946, S. 598–602, hier S. 601).
- 8/ Ernst Fischer: Der Weg der Provisorischen Regierung, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 1, S. 1–12, hier S. 8.
- 9/ „Right or wrong – my country!“ Protokolle des Kabinettsrates 17. Juli 1945 bis 5. September 1945. Wien 1999 (i.d.F. KRP, Bd. 2), S. 205.
- 10/ Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, S. 145–147.
- 11/ ÖStA/Kriegsarchiv, NL Karl Renner, E/1731:312, Kabinettsratsvortrag, Beamten-ÜG (2. Fassung), 22.8.1945.
- 12/ Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (Beamten-Überleitungsgesetz), StGBI. Nr. 134, verlautbart am 30. August 1945.
- 13/ Laurenz Genner: Bauer wähle richtig! Wien 1945, S. 10.
- 14/ Oscar Pollak: Gegen den „inneren Nazi“, hg. von der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1946 (Sozialistische Hefte, Folge 14), S. 9f.
- 15/ Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner: Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945. Wien 1997, S. 20 und 505f.
- 16/ Franz Berner: Struktur und Träger der Verwaltung, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2. Graz, Wien, Köln 1972, S. 135–161, hier S. 142.
- 17/ „Ich bestelle Sie hiemit zur Leitung des Außenamtes, ...“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1945, hg. vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Wien 2010, S. 64, Anm. 187.
- 18/ Hellmut Andics: 50 Jahre unseres Lebens. Österreichs Schicksal seit 1918. Wien, München, Zürich 1968, S. 471.
- 19/ Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom 10. Oktober 1945. Wien 1945, S. 8 und 19.
- 20/ Ebd.; Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom Juli 1946. Wien 1946; Nach dem Stande vom April 1947. Wien 1947; Nach dem Stande vom 1. Jänner 1948. Wien 1948.
- 21/ Österreichischer Amtskalender für das Jahr 1949, XVII. Jg. Wien 1949ff.
- 22/ Robert Stumpf: Ernst Fischer als Staatssekretär für ‚Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten‘ (1945). Versuch einer politischen Biographie unter struktur- und institutionsgeschichtlichen Gesichtspunkten. Diplomarbeit Universität Wien 1997, S. 170–228, hier S. 172, 211 und 218; ders.: „Dieses Mittelstück und die zwei Enden“. Ernst Fischer in der österreichischen Nachkriegspolitik (1945–1948), in: Bernhard Fetz (Hg.): Ernst Fischer. Texte und Materialien. Wien 2000, S. 135–160, hier S. 140. Bondy wird von Stumpf dem „katholischen Lager“ (S. 365), Mayer der Sozialdemokratie (S. 204) zugerechnet.
- 23/ ÖStA/Archiv der Republik (AdR), StAfVUEK, Zl. 114–Präs./45 v. 3.7.1945.
- 24/ Vgl. Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Karl Altmann an die Stadtleitung der KPÖ Wien, Josef Lauscher, 10.4.1946.
- 25/ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 19401, Viktor Matejka an Ernst Fischer, 15.11.1956, S. 1.
- 26/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Ludwig Otruba.
- 27/ Ebd., Personalakt Elmar Bardolf.
- 28/ Ebd., Personalakt Ernst Mayer.
- 29/ Ernst Glaser: Die Wiedererrichtung des Stadtschulrates 1945 – Eine persönliche Erinnerung, in: *PI-Mitteilungen*. Beilage zum „Verordnungsblatt des Stadtschulrates für Wien“, Nr. 10, Juni 1990, S. 3–9, hier S. 5; Stumpf: Ernst Fischer, S. 219, Anm. 35.
- 30/ Hermann Schnell (Hg.): 50 Jahre Stadtschulrat von Wien. Wien, München 1972, S. 181; Hofrat Ernst Mayer gestorben, in: *Arbeiter-Zeitung*, 14./15.6.1980, S. 2.
- 31/ Hugo Bondy: Noch mehr „Unbekannte Österreicher“!, in: *Wiener Zeitung*, 25.5.1947, S. 4; Ludwig Born: Die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien. Wien 1978, S. 23 und 25.
- 32/ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Landesgericht für Strafsachen Wien I, Vr 3385/45, Vernehmung des Beschuldigten Hermann Rauscher, 2.11.1945, dazu: Manfred Mugrauer: Eine „Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“. Die Widerstandsbewegung O5 und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien. Jahrbuch 2016. Wien 2016, S. 101–139, hier S. 135f.
- 33/ Die Unesco, Dr. Kolb und die Kommunisten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 21.11.1952, S. 2.
- 34/ Wie lange noch Dr. Bondy? Das Maß ist voll, in: *Das Kleine Volksblatt*, 14.12.1952, S. 16; Dr. Bondy ging, in: *Das Kleine Volksblatt*, 25.1.1953, S. 16.
- 35/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Hugo Bondy, hierin auch die Schreiben an Ernst Kolb vom 23.12.1952 und an Heinz Pruckner vom 5.11.1956, sowie von Theodor Piffel-Perčević am Josef Klaus vom 2.2.1966.
- 36/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Rudolf Freis; Ministerialrat Dr. Freis 75 Jahre, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.5.1956, S. 3.
- 37/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Elise Riesel.
- 38/ KRP, Bd. 2, S. 64; Hier spricht der Sport, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.8.1945, S. 4.
- 39/ Ludwig Stecewicz: Trotz Hunger waren die Sportnarren da, in: Franz Danimann/Hugo Pepper (Hg.): Österreich im April '45. Die ersten Schritte der Zweiten Republik. Wien, München, Zürich 1985, S. 263–265, hier S. 264; vgl. dazu Manfred Mugrauer: Die Sportpolitik der KPÖ, in: *mitbestimmung. zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt*, 40. Jg. (2011), Nr. 1, S. 7–12, hier S. 8.
- 40/ ÖStA/AdR, BMU, Personalakt Leopold Srb; Die Generalversammlung des ALSN, in: *Mitteilungen des Allgemeinen Sportverbandes Österreichs*, Nr. 4, Februar 1951, S. 9–10, hier S. 9; ZPA der KPÖ, Fragebogen, 30.5.1952.
- 41/ ÖStA/AdR, StAfl, GZI. 20.459–1/45 v. 10.8.1945, provisorische Geschäftseinteilung.
- 42/ ÖStA/AdR, StAfl, GZI. 20.857–1/45, Beilage: Bericht an die Länderkonferenz, o.D., S. 3f.
- 43/ Gerhard Jagschitz: Österreichs Innenpolitik 1945–1965, in: Zwei Jahrzehnte Republik, hg. vom Institut für Österreichkunde. Graz, Wien 1965, S. 7–24, hier S. 16.
- 44/ Hans Hautmann: Der Polizeiliche Hilfsdienst

für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945, in: *Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.* Wien 2000, S. 277–346, hier S. 293f. (Hervorhebung im Original).

45/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 8./10.9.1945.

46/ ZPA der KPÖ, Bericht der Parteiorganisation Polizei Wien an den 13. Parteitag der KPÖ, 6.3.1946.

47/ So wurde der Weg aus dem Chaos gefunden, in: *Öffentliche Sicherheit*, 22. Jg. (1957), Nr. 9, S. 2–7, hier S. 2f.

48/ Wilhelm Svoboda: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur. Wien, Köln, Weimar 1993 (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, Bd. 26), S. 94.

49/ F.K.: Polizei ohne Sabotage, in: *Arbeiter-Zeitung*, 30.7.1955, S. 1–2, hier S. 1.

50/ ZPA der KPÖ, Bericht der Betriebsorganisation Staatsangestellte an den 15. Parteitag der KPÖ, 22.8.1951.

51/ Josef Holaubek: Der schwierige Personalaufbau in der Wiener Polizei, in: *Öffentliche Sicherheit*, 19. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 1–3, hier S. 2.

52/ Memorandum von Martin F. Herz an John H. Richardson, 16.8.1948, in: Reinhold Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948.* Salzburg 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 442–443, hier S. 442.

53/ Mugrauer: Politik der KPÖ, S. 208f. und 215.

54/ Ulrike Wetz: Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945. Dissertation Universität Wien 1970, S. 212f. und 361.

55/ ÖStA/AdR, Ministerratsprotokoll Nr. 45 vom 12.11.1946, Beilage: BMI, Vortrag für den Ministerrat, o. Zl., Bildung der Personalstände bei der Bundespolizeidirektion Wien, S. 3.

56/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949 (i.d.F. MRP), Bd. 3: 17. Juli 1946 bis 19. November 1946. Wien 2005, S. 473.

57/ Erste Bresche in die Mauer der Bürokratie, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.11.1946, S. 2.

58/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Adolf Schärff, 21.9.1946, S. 1.

59/ ZPA der KPÖ, Othmar Strobel an Karl Altmann, 14.2.1947, S. 3.

60/ Wetz: Polizeidirektion, S. 365.

61/ Hans Hautmann: Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 11–25, hier S. 15.

62/ ZPA der KPÖ, Polizeidirektion Wien, Staatspolizeiliches Büro, [Organisationsplan], 1.7.1946, S. 1.

63/ Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besat-

zung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 177.

64/ Adolf Schärff: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 52.

65/ Bericht des Leiters der Geheimdienstabteilung der SČSKA für Österreich, Bogdanov, an den stv. Minister für Staatssicherheit der UdSSR, N.N. Selivanovskij, 9.9.1947, Dok. Nr. 104 in Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx/Alexander Tschubarjan (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente.* Graz, Wien, München 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 5), S. 479–485, hier S. 481.

66/ Winfried R. Garscha: Die KPÖ in der Konzentrationsregierung 1945–1947: Energieminister Karl Altmann, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jg. (2005), Nr. 3, S. 1–6, hier S. 1.

67/ Planwirtschaft und Verstaatlichung im Energiesektor, in: *Österreichische Volksstimme*, 1.3.1947, S. 2; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Leopold Figl, 7.2.1946 und 12.7.1946.

68/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 8–Präs./46 v. 21.1.1946, Siegfried Friedek an das Präsidium des BMfHW, Personalüberstellung an das BMEE.

69/ ZPA der KPÖ, Betriebsorganisation des BMEE an die Kaderabteilung der Stadtleitung der KPÖ Wien, 18.3.1947.

70/ Ein Kommissär des Herrn Altmann, in: *Arbeiter-Zeitung*, 27.7.1948, S. 4.

71/ ZPA der KPÖ, Landesleitung der KPÖ Steiermark an die Bezirksleitung der KPÖ Graz, 28.7.1947; ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Walter Hanl.

72/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 16.9.1946.

73/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 17.6.1947; Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 7.7.1947.

74/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 69–Präs., Zl. 568–Präs./46 v. 25.5.1946, Übersicht über die Personalstände, sowie Zl. 677–Präs./46 v. 25.7.1946, Dienstpostenplan 1947.

75/ ZPA der KPÖ, Redemanuskript, o.D. [März 1947], S. 2.

76/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.080–Präs./47, Zl. 4.084–Präs./47 v. 22.10.1947, Durchführung des Nationalsozialistengesetzes.

77/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an die Kaderabteilung des ZK der KPÖ, 21.3.1947, S. 2. Nach seiner Entlassung aus dem BMEE Anfang 1950 arbeitete Kourek in der Kaderabteilung des ZK der KPÖ.

78/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Erwin Urban, 12.6.1947, Vermerk von Adalbert Orlicek, o.D.

79/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 25.1.1950.

80/ ZPA der KPÖ, Betriebsorganisation der KPÖ im BMEE an die Wiener Stadtleitung der KPÖ, 23.6.1948.

81/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 4.11.1946, S. 2.

82/ MRP, Bd. 5: 18. Februar 1947 bis 6. Mai 1947. Wien 2011, S. 367.

83/ Ebd., S. 379–381.

84/ MRP, Bd. 5, S. 394; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 17.4.1947, S. 5.

85/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 112–Präs./46, Zl. 770–Präs./46 v. 9.8.1946.

86/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.047–Präs./47 v. 14.10.1947.

87/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.561–Präs./47 v. 16.12.1947.

88/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.241–Präs./47 v. 3.11.1947.

89/ ZPA der KPÖ, Edgar Biussi: Lebenslauf, o.D. [1950].

90/ ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Richard Geyer, Verband österreichischer KZler und politisch Verfolgter in Wien an das Präsidium des BMEE, 18.6.1948.

91/ Gesinnungsterror im Migsch-Ministerium, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.10.1949, S. 2.

92/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.165–Präs./47 v. 28.10.1947.

93/ Ebd., GZI. 2.029–Präs./47, Zl. 4.561–Präs./47 v. 16.12.1947.

94/ Gesinnungsterror im Migsch-Ministerium.

95/ Paul Broda: Meine Aufzeichnungen über E. B., in: Engelbert Broda: *Wissenschaft, Verantwortung, Frieden. Ausgewählte Schriften.* Wien 1985, S. 303–330, hier S. 313.

96/ ZPA der KPÖ, Susanne Kubat-Biussi: Lebenslauf, 26.1.1950.

97/ ÖStA/AdR, BMEE, GZI. 2.029–Präs./47,

Deutsch-türkische Freundschaft

Das geht anders!



Mit Beiträgen von: Errol Babacan, Neoliberaler Generalangriff ★ Nick Brauns/Murat Cakir, Die Gülen-Bewegung ★ Sevim Dagdelen (MdB), »Merkel verleiht Despoten Flügel« ★ Mehmet Okyayuz/Ugur Tekiner, Hundertjährige Allianz? ★ Korkut Boratav, Reaktionäre Wechselwirkungen ★ Rolf Gössner, Dialog statt Kriminalisierung

Weitere Themen: 60 Jahre deutsche Kommunistenverfolgung ★ AfD-Vormarsch ★ Brasilien nach dem Putsch ★ Frankreich vor schwierigen Wahlen ★ Viel Krieg in Syrien ★ Bremer Räterepublik ★ Homo artifex ★ Elend der Strategie-Debatte u. v. m.

Einzelpreis	9,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

- Zl. 4.401–Präs./47 v. 20.11.1947.
- 98/ ZPA der KPÖ, Notiz, 22.3.1956, Betrifft: Gen. Dr. Joseph Markus.
- 99/ Manfred Mugrauer: Erna Ketzlik, in: Ilse Korotin (Hg.): *biografiA. Lexikon österreichischer Frauen*, Bd. 2: I–O. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 1631–1632.
- 100/ ÖStA/AdR, BM für Verkehr, Personalakt Erwin Urban.
- 101/ <https://www.lions.at/wien-vindobona/offiz/lcwwa03-0506.htm> [1.12.2016].
- 102/ Adalbert F. Orlicek/Fritz L. Reuther: *Zur Technik der Mengen- und Durchflußmessung von Flüssigkeiten*. München, Wien 1971.
- 103/ ZPA der KPÖ, BO Staatsangestellte an die Stadtleitung der KPÖ Wien, 7.5.1951.
- 104/ ZPA der KPÖ, G.: [Mitteilung], 31.10.1950.
- 105/ ZPA der KPÖ, Wilhelm Frank an die Bezirksleitung der KPÖ Wien 1., 16.1.1969.
- 106/ Gerhard Oberkofler: Wilhelm Frank zum Gedenken: Stationen eines Lebens für sozialen und technischen Fortschritt (2. Teil), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 7. Jg. (2000), Nr. 2, S. 6–9, hier S. 6f.
- 107/ Ein Pionier der kommunistischen Presse, in: *Volksstimme*, 3.4.1963, S. 3.
- 108/ DÖW 8012, Franz Sobek: [Erinnerungsmanuskript], o.D. [1953], S. 2.
- 109/ Gegen Geschäftemacherei mit den politisch Verfolgten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29.2.1948, S. 2.
- 110/ MRP, Bd. 3, S. 430–432 und 473.
- 111/ Unsere Toten, in: *Volksstimme*, 5.6.1986, S. 6.
- 112/ Organisation und Aufbau der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten, in: *Der öffentlich Angestellte*, 1. Jg., Nr. 1, April 1946, S. 3.
- 113/ Peter Autengruber/Manfred Mugrauer: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien 2016, S. 81f.
- 114/ Karl Gruber: Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen. Wien, München, Zürich o.J. [1976], S. 81.
- 115/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 16.1.1947; Theodor Prager: Zwischen London und Moskau. Bekenntnisse eines Revisionisten. Wien 1975, S. 78f.
- 116/ Franz West: Österreichs Diplomaten heute, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 5, S. 353–363, hier S. 354.
- 117/ Hinzu kamen 700 Personen bei der gemeinsamen alliierten Zensurstelle (ÖStA/AdR, Ministerratsprotokoll 83 v. 14.10.1947, Beilage: BKA, Zl. 54.092–4/1947 v. 11.10.1947, S. 4).
- 118/ ZPA der KPÖ, Berichte der Betriebsorganisationen Z 5 und Z 6 an den 15. Parteitag der KPÖ, August 1951; Auflistung der Angestellten von Z 5 und Z 6, o.D. [1953].
- 119/ ZPA der KPÖ, Theodor Körner an Karl Altmann, M.D. 4 – Allg. 129/45 v. 22.6.1945.
- 120/ ZPA der KPÖ, Magistratsdirektion der Stadt Wien an Karl Altmann, 22.12.1954.
- 121/ WStLA, 3.5.39.A1.7, NL Theodor Körner, Bericht über die Tätigkeit des Gesundheitsamtes und der ihm unterstehenden Dienststellen seit Abschluß der Kampfhandlungen, 22.6.1945, S. 1.
- 122/ DÖW 22567/46, Ober-Bezirksarzt der Stadt Wien Dr. Ehrenfried Lande, Attest für den Amtsgebrauch, 11.1.1945.
- 123/ ZPA der KPÖ, Beschlüsse der Sitzung des Büros der Wiener Stadtleitung am 5.1.1951.
- 124/ Bei der Gemeinde Wien darf ein Arbeiter nicht Direktor sein, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.3.1949, S. 2; Otto Tropper: Wie die Mehrheit bei Siemens-Schuckert II erobert wurde, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 92.
- 125/ Otto Kreilisheim: Ich erinnere mich..., hg. vom Bund demokratischer Lehrerinnen und Lehrer. Wien o.J. [1989], S. 55.
- 126/ ZPA der KPÖ, Bericht über die Tätigkeit unserer Mandatare im Wiener Landtag, im Gemeinderat und in den Bezirksleitungen (im Zeitabschnitt zwischen 13. und 14. Parteitag), 30.9.1948, S. 4.
- 127/ ZPA der KPÖ, Bericht der Betriebsorganisation Rathaus an den 15. Parteitag der KPÖ, 10.8.1951.
- 128/ Genossin Dr. Olga Cermak gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 23.5.1956, S. 4.
- 129/ DÖW-Bibliothek 26059, Ferdinand Wernigg: Ausführliche Niederschrift über Ereignisse und Personen in den Jahren 1914–1968, Bd. V: Die Jahre 1945–1968, S. 237.
- 130/ Vgl. ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ, 21.9.1946 und 1.10.1946; MRP, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien 2011, S. 404; MRP, Bd. 7: 9. September 1947 bis 18. November 1947. Wien 2016, S. 215.
- 131/ ZPA der KPÖ, Anton Sacher an Karl Altmann, o.D. [Oktober 1947], S. 1.
- 132/ ZPA der KPÖ, Bericht der Intellektuellenkommission an den 14. Parteitag der KPÖ 1948, S. 1.
- 133/ Genossin Marie Kraichel gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.11.1954, S. 5.
- 134/ Zit. nach Svoboda: Oskar Helmer, S. 133.
- 135/ Genosse Anton Sacher gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.8.1948, S. 3.
- 136/ Landesschulinspektor Franz Klusacek gestorben, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.7.1955, S. 5.
- 137/ Auszeichnung für Regierungsrat Hedwig Mitis, in: *Volksstimme*, 14.3.1969, S. 2.
- 138/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Landesamtsdirektion 2, Personalakt Ludwig Weiss.
- 139/ NÖLA, NL Hans Vanura, Kt. N204, Umschlag I/32, Amtserinnerung, 12.9.1953.
- 140/ Ebd., Umschlag I/24, Geheimbericht von Hans Vanura an LH Johann Steinböck, 28.5.1951, S. 3.
- 141/ Franz Vonwald: Landeshauptmann Johann Steinböck und Niederösterreichs Entwicklung zu seiner Zeit. Dissertation Universität Wien 1994, S. 94–105.
- 142/ Walter Lindner: *Der große Verrat. Der Weg der KPÖ. Von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus*. Wien 1978, S. 8.
- 143/ Heinz Gärtner: *Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei*. Wien 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 80–83, hier S. 80.
- 144/ Ebd., S. 74.
- 145/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Rede von Karl Altmann, S. 1f.
- 146/ Die Regierung Renner, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.11.1945, S. 1–2, hier S. 2.
- 147/ Besprechung von Generaloberst Kurassow mit der Führung der KPÖ am 16.9.1946, Dok. Nr. 36 in Wolfgang Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven*. Wien 2005, S. 307–333, hier S. 321.
- 148/ Franz Honner: Lehren des 15. Juli, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.7.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 149/ Sicherung der Durchführung, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.3.1946, S. 1–2, hier S. 1; Arbeiter und Staatsapparat, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.4.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 150/ Beschlüsse des 2. Plenums des Zentralkomitees der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 7/8, S. 462–464, hier S. 464.
- 151/ Stenographisches Protokoll. 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 24.7.1946, S. 598–602, hier S. 601.
- 152/ MRP, Bd. 3, S. 21.
- 153/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Oskar Helmer, 16.9.1946, S. 1.
- 154/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an Adolf Schärf, 21.9.1946, S. 2.
- 155/ Wieder Gummiknüppel der Polizei, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.6.1946, S. 3.
- 156/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 30.9.1946, S. 2.
- 157/ MRP, Bd. 3, S. 432.
- 158/ Arbeiter und Staatsapparat, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.4.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 159/ Otto Langbein: Die Volksdemokratie, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 11, S. 604–617, hier S. 607.
- 160/ ZPA der KPÖ, Heinrich Dürmayer: Bericht über die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatspolizeilichen Abteilung vom April bis 31.12.1945, o.D., S. 4.
- 161/ DÖW-Interviewsammlung Nr. 46, Interview mit Hans Landauer am 11.2.1983, S. 28.
- 162/ Wiener Polizei oder Polizei gegen die Wiener? hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1945, S. 7.
- 163/ ZPA der KPÖ, Heinrich Dürmayer an Polizeipräsident Arthur Klausner, 30.5.1947, S. 1 und 3.